Nr. 26. + 31. Jahrgang. Berlin, 30. Juni 1923

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 1500 Mk. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 2000 Mk. Arbeitervermittlungen 1000 Mk. pro Zeile. Verbandsanzeigen 100 Mk. pro Zeile.

Kassel.

Vom „Bunten Bock“ zur „Stadthalle“! Ein Vergleich des Lokals, in dem vor 30 Jahren die Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vollzogen wurde mit dem Bau, in dem er in der gleichen Stadt seine jüngste Tagung abhielt, veranschaulicht drastisch die Entwicklung unserer Organisation in den verflossenen drei Jahrzehnten. Damals wurde der Kongreß, auf dem durch den Zusammenschluß mehrerer Branchenverbände der Deutsche Holzarbeiter-Verband ins Leben trat, von der Öffentlichkeit kaum beachtet. Umfaßte doch der neue Verband bei seiner Gründung wenig mehr als 20 000 Mitglieder in ganz Deutschland. Wie anders heute! Der Vergleich der nahezu 450 000 Mitglieder, die unser Verband heute zählt, mit der bescheidenen Zahl von damals, ist nur ein unvollkommener Ausdruck für die Steigerung an Macht, an Einfluß und Bedeutung für das öffentliche Leben, die der Deutsche Holzarbeiter-Verband in den 30 Jahren seines Bestehens gewonnen hat.

Der „Bunte Bock“ existiert nicht mehr. Er war ein bescheidenes, etwas außerhalb des Verkehrs der Stadt gelegenes Lokal, das nur von Proletariern frequentiert wurde. Leute, die besser angezogen waren, gingen in großem Bogen darum herum. Es war das Verkehrslokal und der Versammlungsraum der Sozialdemokraten, mit denen das honette Bürgertum jede Berührung peinlich vermied. Andere Versammlungsräume standen der Kasseler Arbeiterschaft vor 30 Jahren nicht zur Verfügung. So war es unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, und so war es noch eine Reihe von Jahren nachher. Als die deutschen Gewerkschaften nach dem Fall des Sozialistengesetzes die gewonnene Betätigungsmöglichkeit, sie war immer noch recht eng, auszunutzen begannen, der Zug zur Zentralisation mächtiger wurde, als auch die Holzarbeiter an die Schaffung einer Industrieorganisation dachten und Kassel als Tagungsort für den Kongreß ausersehen wurde, auf dem sich die Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vollziehen sollte, da war der „Bunte Bock“ das gegebene Tagungslokal. Ein anderes wäre auch wohl schwerlich aufzutreiben gewesen.

Die Zeiten haben sich geändert. Das vornehmste Lokal der Stadt Kassel, die prächtige „Stadthalle“, wurde dem Jubiläumsverbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zur Verfügung gestellt. Ein Bau, der erst kurz vor dem Kriege, anläßlich der Tausendjahrfeier der Stadt Kassel, dem Betrieb übergeben worden war. Der Gründungskongreß des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes im „Bunten Bock“ ist von den städtischen Behörden in Kassel keiner Beachtung gewürdigt worden. Heute haben die ehemals so verachteten Sozialisten ein gewichtiges Wort in der Stadtverwaltung mitzusprechen. Bei der Eröffnung des Jubiläumsverbandstages wurde dieser im Auftrage der Stadtverwaltung von einem alten Mitgliede unseres Verbandes, dem Stadtrat Jordan, begrüßt. An der Spitze der Kasseler Stadtverwaltung steht der alte Gewerkschafter und Sozialdemokrat Scheidemann, der sich im In- und Ausland eines berechtigten Ansehens erfreut. Auch er hat, da er bei der Eröffnung des Verbandstages im Ausland weilte, später Gelegenheit genommen, die Delegierten zu begrüßen und sie auf die hohe Mission der Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen.

Dem schönen äußeren Rahmen des Verbandstages entsprach auch dessen Verlauf. Als interessante Tatsache kann festgestellt werden, daß während des ganzen Verbandstages keine einzige namentliche Abstimmung vorgenommen wurde. Das hat zwei Gründe. Es handelte sich diesmal nicht um wichtige Änderungen der Grundlagen unserer Organisation. Damit ist nicht gesagt, daß alle Einrichtungen des Verbandes den höchsten Grad der Vollkommenheit besäßen. Aber es ist jetzt nicht die Zeit, grundlegende Änderungen vorzunehmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind in ständigem Fluß, ihnen muß sich auch der Verband mit seinen Einrichtungen anpassen. Fragen, die früher die Verbandsmitglieder monatelang in Bewegung gehalten haben, über die unzählige Zeitungsartikel geschrieben und eine Menge von Reden gehalten wurden, werden jetzt, unter dem Zwange der Verhältnisse, durch einfache Beschlüsse des Vorstandes und des Ausschusses erledigt. Es sei auf die Einrichtungen [illegible] der Beitragsleistung und der Unterstützungseinrichtungen hingewiesen. Die formelle Zustimmung des Verbandstages zu den auf diesem Wege getroffenen Statutenänderungen erfolgte ohne Debatte. Ein Beweis, daß die Verbandsleitung mit ihren Beschlüssen das richtige getroffen hat. Auch das, was der Verbandstag hinsichtlich der inneren Einrichtungen des Verbandes beschlossen hat, ändert den seitherigen Zustand so geringfügig, daß es nicht lohnte, deshalb eine namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Der zweite Grund für den Verzicht auf namentliche Abstimmungen ist die Schwäche der Opposition. Anträge auf namentliche Abstimmung müssen von 50 Delegierten unterstützt sein. Dazu reichte die Stärke der im übrigen recht rührigen Opposition nicht aus. Als Maßstab für ihre Stärke kann allenfalls die in geheimer Abstimmung vorgenommene Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand und der Mitglieder des Verbandsausschusses betrachtet werden, bei welcher 34 bzw. 33 Stimmen für die Kandidaten der Moskauer Richtung abgegeben wurden. Das ist unter 200 Delegierten nicht viel. Das Gros der Opposition wurde von Berlin gestellt, wo von insgesamt 15 Delegierten 14 Kommunisten gewählt worden waren.

Der Riß, der infolge der politischen Spaltung durch die Arbeiterschaft geht, berührt auch die Gewerkschaften. Der im verflossenen Jahre erfolgte Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Fraktionen hat indirekt auch den Verlauf unseres Verbandstages günstig beeinflußt. Tarnow hatte durchaus recht, als er in seinem Schlußwort darauf hinwies, daß völlige Einmütigkeit unter uns herrschen würde, wenn wir nur gewerkschaftlich organisiert wären. Die politische Einstellung der Verbandsmitglieder und der Delegierten beeinflußt notwendig auch ihre Stellung innerhalb und gegenüber der Gewerkschaft.

Von einer Auseinandersetzung zwischen Amsterdam und Moskau auf dem Verbandstage kann eigentlich nicht gesprochen werden. Nicht, daß die kommunistisch orientierten Kollegen es verabsäumt hätten, ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen. Sie haben es in reichlichem Maße bei jeder geeigneten Gelegenheit getan, ohne allerdings bei der Mehrheit der Delegierten Widerhall zu finden. Auch waren ihre Argumente nicht derart, daß sie zu tiefschürfenden Auseinandersetzungen Anlaß boten. Es war vielleicht ein Fehler, daß nach dem Referat von Tarnow über „Wirtschaftliche Zeitfragen“ keine Diskussion zugelassen wurde. Hier hätten vielleicht die Kommunisten Gelegenheit gefunden, ihren Anschauungen über die wichtigen Probleme der Volkswirtschaft Ausdruck zu geben. Ob sie es vermocht hätten, etwas Neues vorzubringen, mag dahingestellt bleiben. Der Verbandstag stand unter dem Bann der lichtvollen Darlegungen des Verbandsvorsitzenden, die in fesselnder Weise vorgetragen worden waren, und die Mehrheit wollte den Eindruck dieser prächtigen Rede nicht verwischen lassen. Die kommunistische Fraktion hat gegen die Unterbindung der Diskussion Verwahrung eingelegt, sich aber im übrigen den Beschlüssen des Verbandstages in loyaler Weise gefügt.

Dieses loyale Verhalten der Opposition verdient hervorgehoben zu werden. Es hat im Gegensatz zu manchen unliebsamen Vorgängen auf früheren Verbandstagen dazu geführt, daß der Kasseler Verbandstag einen durchaus ruhigen und würdigen Verlauf nahm, und daß der persönliche Verkehr zwischen den Delegierten trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Über den Verlauf des Verbandstages im einzelnen und über die gefaßten Beschlüsse unterrichtet der nachfolgende Verhandlungsbericht. Zu verschiedenen Beschlüssen wird noch manches zu sagen sein; für heute können wir es bei der Feststellung bewenden lassen, daß unser Verbandstag einen durchaus würdigen Verlauf genommen hat. Das wird insbesondere auch den Kasseler Kollegen zur Genugtuung gereichen, die sich außerordentliche Mühe gegeben haben, dem Verbandstag einen äußeren Rahmen zu geben, für den ihnen der Dank aller Teilnehmer sicher ist.

*

Verhandlungsbericht.

Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung in dem schönen Saal der Stadthalle fand die Eröffnung des Verbandstages statt. Nach Begrüßungsreden des Kollegen Lesser namens der Verwaltungsstelle Kassel und des Kollegen Stadtrats Jordan namens der Stadtverwaltung hielt Kollege Tarnow die Eröffnungsrede. Er gedachte hierbei, wie es bereits die vorhergehenden Redner getan hatten, des Jubiläums, das unser Verband hier an der Stätte, an der er vor 30 Jahren gegründet wurde, feiert. Nach der Konstituierung des Verbandstages, wobei zu Vorsitzenden die Kollegen Tarnow und Eckel (Kassel) gewählt wurden, begrüßte Kollege De Blaemynck (Brüssel) den Verbandstag namens der ausländischen Gäste, und Genosse Graßmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund feiert den Deutschen Holzarbeiter-Verband als eine vorbildliche Gewerkschaft. Hierauf wurde das Festprogramm weiter abgewickelt, das bei den Delegierten und den sehr zahlreich mit ihren Familien erschienenen Kasseler Kollegen allgemeine Befriedigung auslöste.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 18. Juni.

Alle Delegierten sind anwesend, mit Ausnahme des Kollegen Hertel (Kaiserslautern), dem die Besatzungsbehörde die Ausreiseerlaubnis verweigert hat. Ein Antrag auf Einladung des russischen Holzarbeiter-Verbandes wird von Springer (Berlin) begründet. Tarnow weist darauf hin, daß nur Verbände eingeladen wurden, die der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen sind. Der russische Verband steht unserer Internationale feindlich gegenüber, das schließt die Einladung zu unserm Verbandstage aus. Er verliest den Briefwechsel, den er mit dem russischen Verband, der um seine Einladung gebeten hatte, geführt hat. Nachdem sich noch einige Redner für die Einladung ausgesprochen hatten, wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Hierauf begrüßt Kollege Woudenberg (Amsterdam), der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter, den Verbandstag, dem er zugleich die Glückwünsche der Internationale zu seinem Jubiläum ausspricht. Von ausländischen Gästen sind angemeldet und zum größten Teil bereits anwesend die Kollegen C. Woudenberg (Amsterdam), De Blaemynck (Belgien), W. S. Petersen und A. Lund (Dänemark), Loizel (Frankreich), A. Gossip (England), J. Spaltmann (Holland), Mrkwicka (Österreich), Jaroszewski (Polen), Nils Linde (Schweden), Reichmann (Schweiz) und A. Tlapak (Tschechoslowakei).

Ein Antrag, zum Geschäftsbericht des Vorstandes einem kommunistischen Redner verlängerte Redezeit zu gewähren und zu dem Punkt „Wirtschaftliche Zeitfragen“ einen Korreferenten zu bestellen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch alle anderen Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung werden abgelehnt. Nunmehr wird in Punkt 2 der Tagesordnung eingetreten:

Bericht des Verbandsvorstandes über seine Tätigkeit.

Tarnow verweist auf die ausführliche schriftliche Berichterstattung. Die Mitgliederzahl hat starke Fortschritte gemacht. Wir müssen aber damit rechnen, daß die Zahl der Beschäftigten in manchen Berufszweigen nicht dauernd auf der gegenwärtigen Höhe gehalten wird. Es ist ein unerfreulicher Zustand, daß uns die umfangreiche Lohnbewegung nicht genügend Zeit zur Agitation läßt. Wir werden das, was wir jetzt an Erziehungsarbeit versäumen, sehr nachdrücklich nachholen müssen. Ein Lichtblick in der trüben Zeit ist die Entwicklung der Jugendbewegung, die nach der Errichtung eines Jugendsekretariats gute Fortschritte macht. Von unseren Funktionären, insbesondere von den Gauvorstehern und den örtlichen Funktionären ist ein außerordentliches Maß von Arbeit geleistet worden, wofür den Kollegen auch von dieser Stelle der Dank des Verbandes ausgesprochen sei. Der Verband hatte am Jahresschluß 311 Angestellte; das ist verhältnismäßig viel weniger als in der Vorkriegszeit. Die volkswirtschaftliche Abteilung hat das in Betracht kommende Material gesammelt. Ihre Veröffentlichungen werden in der Zukunft noch eine Vermehrung erfahren.

Der Verkehr mit den Verwaltungsstellen im besetzten Gebiet, mit dem Saargebiet, dem Memelland ist sehr erschwert. Verschiedentlich hat der Vorstand Statutenänderungen vornehmen müssen. Das Lebensinteresse des Verbandes gebot eine Änderung der Beitragsleistung und der Unterstützungseinrichtungen. Wir sind überzeugt, daß diese Beschlüsse die Billigung des Verbandstages finden werden. Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes haben uns genötigt, mit der Erweiterung der Unterstützungen sehr vorsichtig zu sein. Das Verhältnis zwischen Beitrag und Streikunterstützung ist ähnlich dem der Vorkriegszeit, die Zahl der Streikenden hat sich jedoch ganz gewaltig gesteigert. Das wird bei der Beratung der Anträge auf Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen besonders beachtet werden müssen. Die große Streikbewegung kurz vor Ostern dieses Jahres, an der bis zu 45 000 Kollegen gleichzeitig beteiligt waren, hat in wenigen Wochen etwa 1½ Milliarden Mark an Unterstützung erfordert. Wir haben diese Opfer aus eigener Kraft gebracht im Vertrauen auf die Opferwilligkeit der Mitglieder. Tatsächlich sind auch die ausgeschriebenen Extrabeiträge im allgemeinen willig gezahlt worden. Die Extrabeiträge sind obligatorisch, ihre Verweigerung ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Mitgliedschaft im Verband.

Dem Verbande Sozialer Baubetriebe ist der Verband beigetreten mit einem Anteil von 5 Millionen Mark. Anforderungen von mehreren Unterverbänden oder von einzelnen sozialen Baubetrieben auf Anlage von Verbandsgeldern haben wir ablehnen müssen, weil wir unsere Verbandsgelder nicht in solcher Weise festlegen können. Redner erörtert dann die Stellung des Verbandes zur Arbeitsgemeinschaft und empfiehlt folgende Resolution:

Der Verbandstag erneuert sein Bekenntnis zur Forderung der wirtschaftlichen Demokratie. Die Arbeiterklasse kann mit dem Anspruch auf Mitwirkung bei der Wirtschaftsführung nicht warten, bis die Gemeinwirtschaft verwirklicht ist, vielmehr muß sie diese Mitwirkung, gleichberechtigt neben den Unternehmern, auch schon unter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung fordern.

In bezug auf die Arbeitsgemeinschaften macht sich der Verbandstag die in dem Beschluß des Ausschusses des ADGB. vom November 1920 niedergelegte Auffassung zu eigen, wonach die Organisation der Arbeitsgemeinschaften zeitlich begrenzt ist und erlöschen wird, wenn andere verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen sind, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt ist.

Der Verbandstag erhebt mit Nachdruck die Forderung nach einer beschleunigten Schaffung solcher Organe, insbesondere der Bezirkswirtschaftsräte. Er hält jedoch heute schon die Möglichkeiten, gesetzliche Organe benutzen zu können, für ausreichend, um die Organisation der freiwilligen Arbeitsgemeinschaft entbehren zu können. Der Verbandstag fordert deshalb den ADGB. auf, erneut zur Frage der Arbeitsgemeinschaften Stellung zu nehmen und seinen Austritt daraus zu beschließen.

Dann wendet sich Tarnow der kommunistischen Keimzellenbewegung zu und erinnert an die scharfe Stellung, die der Hamburger Verbandstag dagegen genommen hat. Der Vorstand hat den Beschluß sehr loyal und nachsichtig ausgeführt. Er ist nicht in allen Fällen mit Ausschlüssen vorgegangen in Erwägung der Tatsache, daß die meisten Mitglieder, die sich an dieser Bewegung beteiligen, deren Tragweite nicht übersehen. Gegen Gesinnungen kann man nicht vorgehen, anders ist es, wenn handgreifliche Beweise vorliegen. Solches Material ist vorhanden. Redner verliest ein Schreiben der kommunistischen Parteileitung in Berlin an den Funktionär einer unserer süddeutschen Verwaltungsstellen, in dem detaillierte Anweisungen zum Aufbau einer kommunistischen Fraktion in der Verwaltungsstelle und zum Wirken für die Kommunistische Partei gegeben werden. Um den gewerkschaftlichen Apparat in ihre Hände zu bekommen, hat die Kommunistische Partei begonnen, innerhalb der Gewerkschaften eine feste Organisation mit besonderen Beiträgen zu errichten. Uns liegen Berichte über Bezirkskonferenzen vor, insbesondere auch der Bericht über eine kommunistische Konferenz in Ostpreußen, in der von Beauftragten der kommunistischen Parteileitung Anweisungen gegeben wurden für die Überführung der Gewerkschaften in die Kommunistische Partei. Man ist schon dazu übergegangen, feste Organisationen innerhalb des Verbandes mit Mitgliedskarten und Beiträgen zu schaffen. Redner zeigt eine solche Mitgliedskarte der „Gewerkschaftlichen Opposition, Gruppe Holzarbeiter". In einem kommunistischen Blatt wird eine Gaukonferenz der kommunistischen Holzarbeiter auf den 8. Juli nach Erfurt berufen, an der auch die Verbandstagsdelegierten teilnehmen sollen. Unter steigender Heiterkeit der Delegierten berichtet der Redner von der Hoffnung, die sich die kommunistischen Drahtzieher auf die Eroberung des Verbandes machen und von der bereits am 11. Februar abgehaltenen Reichskonferenz der Holzarbeiter, in der die kommunistischen Anträge zum Verbandstag vorbereitet wurden. Wir können, so fährt er fort, diesen Dingen nicht mit verschränkten Armen zusehen. Wir können nicht dulden, daß in unseren Ortsverwaltungen, in den Gauvorständen oder gar im Verbandsvorstand Beauftragte einer Gegenorganisation sitzen. Es steht nicht zu befürchten, daß es diese Bewegung zu einer erheblichen Bedeutung bringen wird, aber wir können sie nicht stillschweigend dulden. Wir wollen dem Beispiel der Kommunistischen Partei nicht folgen, die von Zeit zu Zeit Säuberungsaktionen vornimmt, aber wir können die Vertrauensmänner der gegnerischen Bewegung nicht als Funktionäre unseres Verbandes anerkennen. Gemeinsam mit der Vorberatungskommission empfiehlt der Vorstand die folgende Resolution:

Der Verbandsvorstand erneuert den Beschluß des Hamburger Verbandstages in bezug auf die Keimzellenbewegung. Unbeschadet des Rechts auf freie Meinungsäußerung kann im Verband nicht geduldet werden, daß einzelne Mitgliedergruppen sich zu Sonderorganisationen verbinden. Mit Entrüstung nimmt der Verbandstag Kenntnis davon, daß die Kommunistische Partei den Versuch unternimmt, unter dem Namen „Gewerkschaftliche Opposition" solche Sonderorganisationen mit eigenen Mitgliedskarten und regelmäßigen Beiträgen in den Gewerkschaften und auch im Deutschen Holzarbeiter-Verband zu errichten. Hierin erkennt der Verbandstag die unzweideutige Absicht, nach dem Beispiel in anderen Ländern die Gewerkschaften zu spalten und besondere kommunistische Gewerkschaftsverbände zu errichten. Alle Verbandsmitglieder werden eindringlichst gewarnt, diese für die Arbeiterklasse verderblichen Bestreben zu unterstützen.

Der Verbandstag erklärt, daß die Zugehörigkeit zu dieser oder einer ähnlichen Organisation nicht vereinbar ist mit der Mitgliedschaft im Verband. Er ermächtigt den Verbandsvorstand, jedes Mitglied aus dem Verband auszuschließen, das trotzdem die Mitgliedschaft in der Nebenorganisation fortsetzt und erwirbt. Unter keinen Umständen können solche Mitglieder Verwaltungs- oder andere Vertrauensfunktionen im Verband ausüben, und der Verbandsvorstand hat sie sofort ihres Amtes zu entsetzen, wenn ihm Fälle dieser Art bekannt werden.

Tarnow bemerkt zum Schluß, daß der Vorstand bei den gegebenen Verhältnissen nicht imstande war, so zu arbeiten, daß alle Mitglieder befriedigt wurden; er hat aber alles getan, um den Verband vorwärtszubringen. Deshalb hofft der Vorstand, daß ihm Entlastung erteilt wird. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittagssitzung erstattet der Hauptkassierer Lehmann den

Kassenbericht.

Er gibt Erläuterungen zu den bereits veröffentlichten Abrechnungen für die letzten beiden Jahre. Durch die großen Verluste im Frühjahr wurde die Verbandskasse stark geschädigt, heute kann aber festgestellt werden, daß bereits wieder ein ansehnlicher Kassenbestand angesammelt ist. Die Verbandsgelder sind soweit das möglich ist, wertbeständig angelegt. Das gilt auch für die Unterstützungskasse. Diese steht zurzeit recht günstig, die erforderlichen Ausgaben werden restlos durch die Beiträge der Angestellten aufgebracht. Lehmann gibt dann eine Übersicht über die Entwicklung der Verlagsanstalt, deren Gründung sich als vorteilhaft für den Verband erwiesen hat. Der gedruckt vorliegende

Bericht des Verbandsausschusses

wird von Haug kurz ergänzt. Dann folgt der

Bericht der Redaktion

den Kayser erstattet. Er erinnert an die langjährigen Bemühungen des Verbandsvorstandes, die Zeitung, die früher in Hamburg erschien, an den Sitz des Vorstandes zu verlegen. Wiederholt wurden die Anträge auf Sitzverlegung der Zeitung von den Verbandstagen abgelehnt, weil befürchtet wurde, daß die Redaktion am Sitz des Verbandsvorstandes ihre Selbständigkeit verlieren würde. Im Jahre 1904 wurde endlich die Zusammenlegung beschlossen. Bei der Untersuchung, inwieweit die seither gesammelten Erfahrungen etwa jene Befürchtungen gerechtfertigt haben, kommt der Redner zu dem Schluß, daß Vorstand und Redaktion eng zusammenarbeiten müssen. Die Redakteure nehmen an den Sitzungen des Vorstandes teil, sie können dessen Beschlüsse beeinflussen und sind daher imstande, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit die Politik des Vorstandes zu vertreten, die ihre Richtlinien durch den Verbandstag erhält. Die Redaktion ist bemüht, die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, welche die Interessen der Arbeiterschaft berühren, in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu erörtern unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Holzindustie. Die „Holzarbeiter-Zeitung" kann deshalb nur in sehr beschränktem Umfange Diskussionsorgan sein. Gegenüber den Anträgen, die eine Änderung in der Besetzung der Redaktion fordern, verweist der Redner auf die Resolution des Hamburger Verbandstages hinsichtlich der kommunistischen Keimzellen. Die Redaktion hat sich an diesen Beschluß gehalten. Ein Redaktionswechsel aus diesem Grunde würde einen Kurswechsel des Verbandes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeuten. Redner lehnt es ab, zu tanzen, wie in Moskau gepfiffen wird. Er hätte seine Pflichten in gröblicher Weise verletzt, wenn er das Verbandsorgan im Sinne der kleinen, nach Moskau orientierten Minderheit der Verbandsmitglieder redigiert hätte. In den Anträgen, welche die Beseitigung der jetzigen Redaktion verlangen, erblickt er, im Hinblick auf ihre Begründung, eine Anerkennung der Tätigkeit der Redaktion. Er schließt mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß er seine Pflicht in vollem Maße erfüllt und ein gerechtes Urteil nicht zu scheuen habe. (Beifall.) Den

Bericht der Preßkommission

erstattet Gutekunst, der auf den gedruckt vorliegenden Bericht verweist. Aus der Tatsache, daß in den letzten Jahren so wenig Beschwerden gegen die Zeitung eingegangen sind, kann geschlossen werden, daß die Mitglieder mit der Zeitung im allgemeinen einverstanden sind.

Hierauf wird in die

Aussprache

über die Berichte eingetreten. Als erster Redner erhält das Wort

Bolze (Berlin): Der Verband hat die Verelendung der Holzarbeiter nicht verhindern können, weil er seine Pflicht nicht getan hat. Der Verband steht auf dem Boden des 4. August, und solange das der Fall ist, wird er den Arbeitern nicht helfen können. Darum bekämpfen wir die Arbeitsgemeinschaftspolitik und werden uns durch nichts abhalten lassen, Opposition zu treiben. Die „Holzarbeiter-Zeitung" betreibt Illusionspolitik, die wir bekämpfen werden. Der Verbandstag muß den Holzarbeitern einen Weg zeigen, der abführt von der Arbeitsgemeinschaft und hinführt zum schärfsten Klassenkampf.

Leistner (Zwickau): Die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern muß aufgehoben werden. Die vorgelegte Resolution geht um den Kern der Sache herum, wir müssen uns unumwunden gegen die Arbeitsgemeinschaft und für den Klassenkampf erklären. Redner wendet sich gegen einen Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung", der sich mit der Sozialisierung beschäftigt. Die Redaktion kennt offenbar das Eherne Lohngesetz nicht. Tarnows Ausführungen über die kommunistischen Keimzellen treffen nicht zu. Wir wollen die Einheit und nicht die Zerstörung der Gewerkschaften.

Schmidt (Saarbrücken): Mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes können wir zufrieden sein. Für die geistige Durchbildung der Mitglieder muß mehr getan werden. Können die Kosten mit den heutigen Einnahmen nicht bestritten werden, dann müssen die Beiträge erhöht werden. In unserem Bezirk muß der Vorstand eine weitere Kraft anstellen. Unsere Tätigkeit im Saargebiet ist durch die Besetzung sehr erschwert. Die zwangsweise Einführung der Frankenwährung hat den Arbeitern keinen Nutzen gebracht. Durch die Tätigkeit der Kommunisten haben viele Gewerkschaften schweren Schaden gelitten.

Freiberger (München): Der Resolution zur Keimzellenbewegung kann ich nicht zustimmen. Würde in diesem Sinne verfahren, dann müßten zahlreiche Mitglieder ausgeschlossen werden. Die Keimzellenbewegung läßt sich nur geistig überwinden. Die kommunistischen Kollegen müssen zur Mitarbeit herangezogen werden, das ist das beste Mittel, ihnen eine andere Auffassung von der Gewerkschaftsarbeit beizubringen.

Schlüter (Bremerhaven): Der Resolution zur Frage der Arbeitsgemeinschaft kann man zustimmen, wenn damit unsere Mitarbeit in den behördlichen Verwaltungskörpern nicht unterbunden wird. Es kommt nicht darauf an, welche Absichten die Kommunisten ihrer Oppositionsarbeit unterstellen, sondern auf die Wirkungen. Und diese sind zerstörend. Ihre ganze Arbeit richtet sich gegen die Gewerkschaften. Notwendig ist, daß die Kollegen, die die kommunistische Wühlarbeit ablehnen, gegen sie mit aller Entschiedenheit auftreten.

Radzuhn (Bremen): Auch als Gegner der Arbeitsgemeinschaft darf man ihre Befürworter nicht als Verräter bezeichnen. Auch sie wollen das Beste der Arbeiter. Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht das geleistet, was manche Kollegen sich von ihr versprachen. Die Resolution geht nicht weit genug. Der Verbandstag muß den Austritt beschließen. Dann wird der ADGB. gezwungen sein, auch auszutreten.

Hier wird die Diskussion abgebrochen und der Bericht der Mandatprüfungskommission entgegengenommen. Es liegen Proteste vor gegen die Wahl in Stuttgart und Chemnitz-Schönheide.

Entsprechend dem Vorschlag der Mandatprüfungskommission werden alle Mandate für gültig erklärt.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. Juni.

Die Diskussion der Berichte wird fortgesetzt.

Stöver (Düsseldorf): Die Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes fordert von den Kollegen schwere Opfer. Bei den Streiks im besetzten Gebiet waren Provokateure an der Arbeit. Die Markenbestellungen müssen vom Verbandsvorstand schneller erledigt werden. Das gilt auch für Bestellungen bei der Verlagsanstalt. Die Resolution zur Keimzellenbewegung findet meine Zustimmung. Vom Vorstand muß aber verlangt werden, daß er auch Maßnahmen ergreift, um die Beschlüsse des Verbandstages durchzuführen. Wir müssen jeden Versuch, den Verband zu zertrümmern, entschieden zurückweisen.

Müller (Bremen): Die Bildungsarbeit im Verband ist in den letzten Jahren sehr vernachlässigt worden. Das muß jetzt anders werden. Die Arbeitsgemeinschaft hat gewiß auch ihre gute Seiten. Hinter den Kulissen ist aber manches geschehen, was wir nicht billigen können. Die Arbeitsgemeinschaft hindert die gesetzliche Regelung der Mitarbeit der Arbeiter in der Wirtschaft. Der Verbandstag muß den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft beschließen.

Schultz (Dresden): Der Verbandsvorstand hat getan was nach Lage der Verhältnisse möglich war. Von der Volkswirtschaftlichen Abteilung hatte ich mir mehr versprochen. Sie muß mehr Anregungen geben. Die volkswirtschaftliche Durchbildung der Mitglieder und Funktionäre muß mehr gefördert werden. Der Berliner Redner ist ein treffendes Beispiel dafür, wie wenig manche Kollegen von volkswirtschaftlichen Dingen verstehen. Den kommunistischen Keimzellen muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Wagenführ (Berlin): Die Kommunisten wollen die Gewerkschaften nicht spalten. Wir sind bemüht, die Einheitsfront herzustellen. Die Gewerkschaften müssen andere Wege einschlagen, wenn sie den Arbeitern helfen wollen. Wir treiben Opposition im Verband nicht als Kommunisten, sondern als Gewerkschafter. Redner versucht zu beweisen, daß nicht nur sie, sondern auch Sozialdemokraten die Gewerkschaften parteipolitisch mißbrauchen.

Heller (Gotha): Die von Tarnow erwähnte Mitgliedskarte besitze ich auch. Er verliest eine kommunistische Resolution, um zu beweisen, daß die Nebenorganisation mit der Kommunistischen Partei nichts zu tun habe, was stürmische Heiterkeit hervorruft. Wir sind für die Einheit des Verbandes. Die Keimzellen haben den Zweck, unsere Oppositionsarbeit besser zu organisieren. Die Annahme der Resolution bedeutet die Zerschlagung des Verbandes.

Schneider (Hamburg): An dem Elend unserer Zeit sind nicht die Arbeitsgemeinschaften schuld, sondern der Krieg und seine Folgen. Auch wenn die Kommunisten an der Herrschaft wären, würden wir keine besseren Zustände haben. Man darf den Arbeitern keine Illusionen machen. Nur wenn man die Verhältnisse so schildert und erkennt, wie sie sind, finden wir den rechten Weg und die Mittel, um vorwärtszukommen. Für die geistige Durchbildung der Mitglieder muß mehr getan werden.

Winkler (Meiningen): Am Vorstandsbericht ist wenig auszusetzen. Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften führt zur Zerrüttung der Organisation. In Gotha sind heute nur noch etwa drei Viertel der Arbeiter organisiert, das ist ein Erfolg der Kommunisten. Auch in einigen anderen Orten sieht es so ähnlich aus. In mühevoller Arbeit haben wir in Thüringen Verwaltungsstellen gegründet, die durch kommunistische Treibereien zerrüttet worden sind. Solange die Kommunisten uns bekämpfen, solange ist ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich.

Winkelhock (Köln): Der Vorstand muß höhere Beitragsmarken einführen und diese den Verwaltungsstellen beizeiten zur Verfügung stellen, damit der Beitrag in der entsprechenden Höhe gezahlt werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine rein taktische Frage. Wir müssen jede Möglichkeit benutzen, um in die Wirtschaft eindringen und mitarbeiten zu können. Wenn auch wir eine Fraktion gebildet haben, so aus Abwehr gegen die planmäßig organisierte Zerstörungsarbeit der Kommunisten.

Fiedler (Halle): Die vom Vorstand und Ausschuß neu eingeführte Berechnungsart der Unterstützungen war notwendig; sie hätte noch früher vorgenommen werden müssen. Zu prüfen ist, ob nicht noch weitere Verbesserungen bei der Streikunterstützung eingeführt werden können. Die Erhebung der Extrabeiträge war notwendig, zu bedauern ist, daß sie in einer Zeit erhoben werden mußten, wo zahlreiche Mitglieder arbeitslos waren. Wir Kommunisten haben den festen Willen, mit unserer Arbeit dem Verband zu nutzen. Die Resolution darf nicht angenommen werden, denn damit würde dem Verbande großer Schaden zugefügt.

Küster (Elberfeld): Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die aus dem Verband Ausgetretenen von den Kommunisten zum Austritt veranlaßt waren. Die Resolution zur Arbeitsgemeinschaft ist gut, doch hätte der Schlußsatz dahin lauten sollen, daß wir aus der Arbeitsgemeinschaft austreten. Die kleineren Verwaltungsstellen, besonders in unserem Bezirk, erfüllen hinsichtlich der Beitragshöhe nicht ihre Pflicht.

Tarnow: Die Gründe, die uns veranlaßt haben, nicht den sofortigen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft vorzuschlagen, liegen darin, daß wir es vermeiden wollen, aus den paritätischen Wirtschaftskörpern auszutreten. Wollten wir das, dann allerdings müßte der sofortige Austritt beschlossen werden. Des weiteren veranlaßt uns zu unserem Vorschlag die Rücksicht auf die gewerkschaftliche Disziplin. Dieser Disziplin würde es widersprechen, wollten wir den Beschlüssen des ADGB. vorgreifen. Ich habe die Gewißheit, daß der ADGB. den Wünschen unseres Verbandstages Rechnung tragen wird. Die meisten Kritiker kennen die praktische Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft nicht. In der Holzindustrie ist diese Tätigkeit allerdings herzlich unbedeutend. Dagegen dürfen wir unsere Mitwirkung in den Wirtschaftskörpern nicht preisgeben. Jedenfalls müssen wir gewerkschaftliche Disziplin üben und dürfen den Beschlüssen des ADGB. nicht vorgreifen.

Blaschek (Breslau): Bei der Wahl des Zeitpunktes für die Erhebung von Extrabeiträgen hat der Vorstand eine unglückliche Hand gehabt. Viele Kollegen schließen aus dem günstigen Kassenabschluß des Jahres 1922, daß die Erhebung von Extrabeiträgen nicht notwendig war. Die Extrabeiträge sollten in der Verrechnung den ordentlichen Bei-

trägen gleichgestellt werden, so daß auch von ihnen der Anteil in die Lokalkasse fließt.

Wittig (Leipzig): Wir sollten unter die Arbeitsgemeinschaft den Strich ziehen und den Austritt erklären. Leipzig hat die zuverlässigste Truppe der Kommunisten. Das hat die Wirkung gehabt, daß wir einen Selbstschutz bilden müssen gegen die Kommunisten. In unserer Verwaltungsstelle haben wir immer im Auge behalten, daß es unsere Klassengenossen sind, denen man mit Nachsicht begegnen müsse. Diese Nachsicht ist übel belohnt worden. Unser Verbandsleben ist durch die Tätigkeit der Kommunisten empfindlich gestört worden, so daß wir uns dagegen zur Wehr setzen mußten. Der Verbandstag muß gegen die kommunistischen Zellen energisch Stellung nehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Kayser setzt sich im Schlußwort mit der Kritik auseinander, die an der „Holzarbeiter-Zeitung" geübt wurde. Der Mitarbeiter, dessen Aufsätze von Bolze kritisiert wurden, hält es für richtig, der Masse nicht zu schmeicheln, sondern ihr ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. Das ist eine Auffassung, mit der die Redaktion völlig übereinstimmt. Leistner hat der Redaktion den Vorwurf gemacht, daß sie das „Eherne Lohngesetz" nicht beachte. Würde er es kennen, dann würde er nicht verlangen, daß es sich die Gewerkschaften als Richtschnur nehmen. Die Veröffentlichung des Artikels zum 70. Geburtstag des Freiherrn v. Berlepsch, die gleichfalls kritisiert wurde, war ein Ausdruck des Dankes und der Anerkennung, die sich der Gefeierte auch um die Holzindustrie erworben hat durch seine wiederholte erfolgreiche Tätigkeit als Schiedsrichter in schwierigen Zeiten. Mit der Preßkommission ist die Redaktion gut ausgekommen. Allerdings gibt die Fassung des Verbandsstatuts die Möglichkeit, daß Differenzen eintreten, wie man sie früher erlebt hat. Die äußere Aufmachung eines gewerkschaftlichen Wochenblattes muß sich von der einer Tageszeitung unterscheiden. Wir legen weniger Wert auf sensationelle Überschriften als auf einen gediegenen Inhalt. In dieser Hinsicht dürfte die „Holzarbeiter-Zeitung" den berechtigten Anforderungen genügt haben.

Tarnow (Schlußwort): Abgesehen von kleinen Beanstandungen ist eine sachliche Kritik an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes nicht geübt worden. Was die Opposition gegen die Verbandsarbeit vorgebracht hat, sind Zeichen geistiger Armut. Wenn eine Kritik Eindruck machen soll, muß sie zeigen, wie die Arbeit besser gemacht werden konnte. Diese Kollegen sagen, daß der gewerkschaftliche Lohnkampf, wie wir ihn führen, keinen Zweck habe. Sie glauben, daß durch Straßendemonstrationen, allgemeinen Kampf, durch die Zerstörung der Wirtschaft eine neue und bessere Zeit geschaffen werden kann. Diese Taktik würde nur dazu führen, daß es den Arbeitern noch schlechter gehen würde, als dies heute der Fall ist. Darum lehnen wir die kommunistische Taktik ab. Auch gegenüber den Verwaltungsstellen in den besetzten Gebieten haben wir alles getan, um ihre schwere Lage zu erleichtern. Die von den Gewerkschaften eingenommene Haltung zur Ruhrbesetzung wird von den Kollegen im Reich gebilligt, ganz besonders von den Mitgliedern in den besetzten Gebieten. Wenn das auf dem Verbandstag nicht stärker zum Ausdruck gekommen ist, so deswegen, weil die Delegierten aus diesen Gebieten befürchten, Schwierigkeiten mit den Besatzungsbehörden zu bekommen, wenn sie sich hier offen aussprechen. Die Beteiligung an der „Ruhrhilfe" war notwendig, um einen Mißbrauch der Gelder zu verhüten.

Der Vorstand ist stets bemüht gewesen, die Beitragsmarken mit höheren Werten rechtzeitig an die Verwaltungsstellen gelangen zu lassen. Es sind auch nur Einzelfälle, wo die Ortsverwaltungen auf die Beitragsmarken haben warten müssen, dann aber auch meistens durch die Schuld dieser Ortsverwaltungen selber.

Die Kritik an der Arbeitsgemeinschaft hat sich fast ausschließlich um die Form gedreht. Die ist aber ganz nebensächlich. Es handelt sich um den Grundsatz: Sollen die Arbeiter an der Führung der Wirtschaft mitarbeiten oder nicht. Wir sagen, die Arbeiter müssen mitarbeiten, und darum muß jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die uns instand setzt, Einfluß auf die Wirtschaft zu gewinnen.

Wenn man nur auf die Worte der Kommunisten hört, dann wollen sie die Gewerkschaften ihrer Partei nicht dienstbar machen, sondern sie haben gleich uns den ernsten Willen, Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Den Worten der Kommunisten stehen wir aber etwas ungläubig gegenüber, denn sie sind doch verpflichtet, nach dem Grundsatz zu handeln, mit List, Schlauheit und unter Verschweigung der Wahrheit zu arbeiten, wenn sie damit einen Vorteil erreichen können. Die Kommunisten haben ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften begonnen mit der Parole: Zertrümmerung der Gewerkschaften. Redner belegt das durch Vorlesung kommunistischer Aufrufe und Richtlinien. Das Ziel der Kommunisten ist immer das gleiche gewesen, nur die Methode hat sich geändert. Das beweist das unanfechtbare Material, das ich über die Nebenorganisation und ihre Aufgaben vorgetragen habe. Gegen diese Zerstörungsarbeit müssen wir uns wenden. Wir bedauern die Fraktionsbildung, gleichviel, von welcher Seite sie ausgeht. Wenn aber die Kommunisten Fraktionen in den Gewerkschaften bilden, um diese erfolgreich bekämpfen zu können, dann haben die Gewerkschafter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Abwehrmaßnahmen zu treffen. Wohin die kommunistische Zerstörungsarbeit führt, zeigen die Verhältnisse in Frankreich. Nach einer Mitteilung des hier anwesenden französischen Kollegen zählen die Gewerkschaften noch etwa 600 000 Mitglieder gegen 2 500 000 vor einigen Jahren. Ähnlich ist der Rückgang der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern, wo die Kommunisten mit ihrer Zerstörungsarbeit Erfolg hatten. Weil wir unsere Gewerkschaften erhalten wollen, wenden wir uns gegen die Keimzellen. Es darf im Verband keine Nebenorganisationen geben. Wir wollen keinen Kollegen aus dem Verband ausschließen, weil er eine andere politische Überzeugung hat. Wenn er aber den Verband seiner politischen Partei dienstbar machen will, dann ist für ihn kein Platz mehr im Verband. (Lebhafter Beifall.)

Bannwolf als Berichterstatter der Vorberatungskommission empfiehlt die Annahme der von ihr und dem Verbandsvorstand vorgelegten Resolution zur Frage der Arbeitsgemeinschaft und die Ablehnung aller anderen Anträge zu dieser Angelegenheit.

Bolze (Berlin) begründet eine Resolution, die jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern verwirft.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht genügend unterstützt. Die von Bolze und Genossen eingebrachte Resolution wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird ein Zusatzantrag Stöver zu der Resolution der Vorberatungskommission und des Verbandsvorstandes, der den sofortigen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft fordert. Mit dieser Abänderung wird die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Vor der Abstimmung über die Resolution zur Keimzellenbildung gibt

Ruppert (Berlin) folgende Erklärung ab:

Die kommunistischen Delegierten des 13. Verbandstages haben gegen die Anwürfe, „die Kommunisten spalten die Gewerkschaften", folgendes zu erklären:

1. Die Kommunisten sehen in der Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit die einzige Gewähr, der Offensive des Kapitals erfolgreicher entgegentreten zu können.
2. Gemäß ihren Beschlüssen auf dem Leipziger Parteitag sowie der Beschlüsse des Zentralausschusses in Berlin werden sie jede Spaltung der Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.
3. Werden sie alle Kräfte dafür einsetzen, um den letzten indifferenten Arbeiter der Gewerkschaft zuzuführen.
4. Werden sie alles aufbieten, um unselige Spaltungen, herbeigeführt durch die nichtdemokratische Handlungsweise der einzelnen Gewerkschaftsführer, zu beseitigen, wenn den Mitgliedern volle Demokratie in den Organisationen gewährt wird.
5. Weisen sie es entschieden zurück, für einzelne organisatorische Fehler einzelner Genossen die Partei verantwortlich zu machen.
6. Verpflichten sie sich, alle Beschlüsse des Verbandes, soweit sie sich auf Verbandsangelegenheiten beziehen, durchzuführen und im Rahmen der Beschlüsse zu wirken.
7. Werden sie es sich durch keinerlei organisatorische Maßnahmen des Hauptvorstandes nehmen lassen, nach wie vor ihre politische Meinung in der gewerkschaftlichen Organisation zu vertreten und für ihre Partei zu wirken.

Darauf wird die Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag, der verlangt, die wegen ihrer kommunistischen Überzeugung und Tätigkeit ausgeschlossenen Kollegen mit ihren vollen Rechten wieder aufzunehmen, wird abgelehnt. Ferner werden abgelehnt die Anträge, die sich gegen die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung" wenden. Die übrigen Anträge zur Zeitung werden der Redaktion und dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu der Unterstützungskasse des Verbandes werden einige Änderungen beschlossen. Zugestimmt wird einem Vorschlag Tarnows, von den Beiträgen der Angestellten zur Unterstützungskasse bis zu 10 Prozent zur Unterstützung von bedürftigen Witwen solcher Kollegen zu verwenden, die nach langjähriger Tätigkeit im Dienste des Verbandes vor der Einrichtung unserer Unterstützungskasse gestorben sind.

Nach der Mittagspause erhält das Wort

Bannwolf: Die Vorbereitungskommission hat sich mit der Situation beschäftigt, die durch die Beschlüsse bezüglich des Austritts aus der Arbeitsgemeinschaft geschaffen wurde. Durch die Annahme des Zusatzantrages Stöver ist eine Unklarheit eingetreten, die gelöst werden muß. Dieser Zusatz steht im Gegensatz zu dem Schlußsatz der Resolution des Vorstandes und der Vorberatungskommission.

Stöver: Mein Zusatzantrag soll weiter nichts bedeuten als die konsequente Fortsetzung der vorgelegten Resolution. Er verlangt also den Austritt unseres Verbandes aus der Arbeitsgemeinschaft. Wir denken nicht daran, aus den Wirtschaftskörpern, in denen wir sitzen, auszutreten. Wir wollen aber nicht durch die Beibehaltung der freiwilligen Arbeitsgemeinschaft die Schaffung gesetzlich fundierter paritätischer Körperschaften hinauszögern. Wir wollen nicht nur den Bundesvorstand auffordern, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, sondern wir wollen Schrittmacher für ihn sein.

Tarnow: Die Konsequenz des Austritts aus der Arbeitsgemeinschaft wäre die Zurückziehung unserer Mitglieder aus dem Reichswirtschaftsrat, den Außenhandelsstellen und einer Reihe ähnlicher Körperschaften. Ein gesetzlicher Zwang liegt allerdings nicht vor, aber ein moralischer. Über diese Konsequenzen müssen wir uns klar werden. Es ist festzustellen, wie der Verbandstag seinen Beschluß aufgefaßt wissen will.

Ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Tarnow schlägt vor, die gefaßten Beschlüsse aufrechtzuerhalten, also den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft und der Arbeitskammer für das Holzgewerbe zu vollziehen, aber in den fraglichen Körperschaften zu bleiben. Vom ADGB. wäre dabei zu verlangen, daß er mit größter Beschleunigung bemüht sei, dahin zu wirken, daß an Stelle der Zentralarbeitsgemeinschaft eine andere Institution das Recht zur Benennung der Arbeitervertreter erhalte.

Nach einer kurzen Diskussion wird über die Frage abgestimmt, ob wir aus dem Reichswirtschaftsrat, den Außenhandelsstellen, den Beiräten in den Ministerien usw. austreten sollen. Der Austritt wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes.

Schleicher weist als Berichterstatter auf den großen Umfang unserer Vertragsbewegung hin. Außerordentlich zahlreich waren auch die Lohnkämpfe in den letzten beiden Jahren. Alle unsere Lohnbewegungen waren Abwehrbewegungen; sie wurden geführt zur Abwehr der Herabdrückung des Reallohnes. Dabei ist es uns ebensowenig wie anderen Gewerkschaften gelungen, den Vorkriegsstand zu erreichen. Sozialpolitik läßt sich nicht unabhängig von der Volkswirtschaft treiben. Wenn es auch nicht gelungen ist, den Vorkriegsreallohn zu erringen, so war die Arbeit unseres Verbandes doch nicht unfruchtbar. Ein Vergleich der Lohnentwicklung mit dem Index der Lebenshaltungskosten zeigt, daß es uns gelungen ist, am Schluß des Jahres 1922 den Reallohn auf der Höhe zu halten, den er zu Beginn des Jahres hatte, wenn auch im Laufe des Jahres Schwankungen eingetreten sind. Das ist ein Erfolg der Organisation, den man erst richtig würdigt, wenn man die Lage der Schichten betrachtet, denen es an einer Organisation mangelt. Zur Zeit des vorigen Verbandstages standen wir in Vertragsverhandlungen, bei denen die Unternehmer planten, wesentliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Das ist ihnen nicht gelungen. Unser Verband ist aus dem Kampf gestärkt hervorgegangen, während die von den Unternehmern zu dem Zweck gegründete Arbeitgeberorganisation, die Reichsberufsfachgruppe, am Tage der Vertragsunterzeichnung auseinandergefallen ist. Redner weist auf die Kämpfe hin, die zur Durchführung des Reichsmantelvertrages geführt werden mußten, und fährt fort: Den Reichsmantelvertrag haben wir in der Folge als Vorlage für unsere weiteren Vertragsabschlüsse genommen. Die Unternehmer haben der bezirklichen Lohnbildung eine große Bedeutung beigelegt, sie als die Voraussetzung für den Vertragsabschluß überhaupt bezeichnet. Wir haben dieser Frage keine übertriebene Bedeutung beigemessen. Wir haben auch den Wünschen der Unternehmer hinsichtlich der Gebietsabgrenzung für die Landesverträge weitgehend Folge geleistet. Das waren Zugeständnisse, die den Unternehmern nichts genützt haben. Sie haben inzwischen bereits die Schaffung größerer Bezirke vorgeschlagen, weil sie in der Lohnbildung in den nach ihrem Wunsch geschaffenen Landesgebieten ein Haar gefunden haben. Das wäre der Weg zur Wiedereinführung der reichszentralen Lohnbildung gewesen. Wir mußten unsere Zustimmung zu diesem Plan davon abhängig machen, daß ihm alle am Reichsmantelvertrag beteiligten Arbeitgeberverbände zustimmen. Soweit ist man jedoch auf der anderen Seite noch lange nicht.

Wichtiger als die Abgrenzung der Lohnbezirke ist die Schaffung von Schlichtungsinstanzen bei Lohnstreitigkeiten. Solche sind bei der Schaffung des Vertrages auf Verlangen der Unternehmer mit Vorbedacht nicht gebildet worden. Man hat das Fehlen solcher Instanzen inzwischen auf beiden Seiten als Mangel empfunden. Die Frage der Schaffung tarifvertraglicher Lohnämter ist schon wiederholt erwogen worden, doch ist bisher ein Ergebnis nicht erzielt worden. Das Eingreifen der Regierung in die Lohnbewegung war mitunter ein öffentlicher Skandal, so bei der Stützungsaktion der Mark. Hier konnte man geradezu von einer Koalition der Regierung mit den Unternehmern gegen die Arbeiter sprechen. Wir haben die ganze Macht unserer Organisation eingesetzt, um diese Koalition zu brechen. Wir sind vor schweren Kämpfen nicht zurückgeschreckt; so kam es, daß wir um die Osterzeit etwa 45 000 Kollegen im Kampf hatten. Aber wir haben es geschafft.

Dem vereinigten Tarifausschuß der Arbeitgeberverbände muß endlich etwas Gleichwertiges auf Arbeiterseite entgegengestellt werden. Man muß mit der Auffassung brechen, als ob der ADGB. in der Lohn- und Vertragspolitik nicht mitzureden habe. Wir verlangen vom Bundesvorstand, daß er auch auf dem Gebiete der Lohn- und Vertragspolitik führend werde. Redner erörtert dann die verschiedenen Entlohnungsformen und kommt dabei zu dem Schluß, daß der Leistungslohn dem Sozialllohn vorzuziehen sei. Die Frage der Goldlöhne ist eine Währungsfrage, die nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden kann.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens ist ein Stück des zu schaffenden einheitlichen Arbeitsrechtes. Wir haben mit ihr nicht immer gute Erfahrungen gemacht. Die Arbeitgeberverbände haben sich große Mühe gemacht, die Allgemeinverbindlichkeit unseres Reichsmantelvertrages zu hintertreiben. Wir haben sie auch erst nach fast einjährigem Kampf erreicht. Durch die Ausnahme einer Reihe von Vertragsbestimmungen von der Allgemeinverbindlichkeit ist der Zweck, der verfolgt wurde, die Außenseiter dem Vertrage zu unterstellen, nur sehr unvollkommen erreicht. Durch die Verordnung über die Tarifverträge werden die Bestimmungen der Verträge gegliedert in normative und obligatorische. Die letzteren sind solche, die für das Einzelarbeitsverhältnis keine Bedeutung haben und deshalb nicht allgemeinverbindlich erklärt werden können. Die Grenzen sind aber sehr flüssig, und manche Bestimmungen, die wir für normativ betrachten, sind nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden. Es genügt nicht, daß wir gute Gesetze haben, wir müssen auch Einfluß auf ihre Durchführung, auf die Verwaltung zu erlangen streben.

Die im Reichsmantelvertrag vorgesehene Schaffung einer Lehrlingsordnung ist bisher nicht zustande gekommen. Das Verhalten der Arbeitgeber in der Arbeitskammer in dieser Angelegenheit hat uns bewogen, auf die Weiterarbeit in diesem Gremium zu verzichten. In neuerer Zeit wurden Verhandlungen im preußischen Handelsministerium geführt, die aber ein positives Ergebnis nicht gezeitigt haben. Jedenfalls werden wir uns das Recht zur völlig gleichberechtigten Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens nicht nehmen lassen.

Bei der Genehmigung von Streikgesuchen war der Vorstand nicht engherzig, er muß aber auch von den Kollegen Wahrung der Disziplin verlangen. Bei der Führung von Kämpfen, an denen verschiedene Gewerkschaften beteiligt sind, haben sich Schwierigkeiten ergeben, die zur Schaffung einheitlicher Richtlinien durch den Gewerkschaftsbund führten und die auch von unserer Organisation eingehalten werden müssen.

Eine erfolgreiche Arbeit können wir wieder leisten, wenn stabile Wirtschaftsverhältnisse bestehen. Diese werden wir nur bekommen, wenn die Arbeiterschaft tatkräftig in das Wirtschaftsgetriebe eingreift. Dazu ist Voraussetzung Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiterschaft und Vertrauen zueinander. An der Erhaltung und Vertiefung des Vertrauens im und zum Verband zu arbeiten, ist die Pflicht jedes Verbandsmitgliedes. (Beifall.)

Hier wird abgebrochen.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. Juni.

In der Abwicklung der Tagesordnung wird fortgefahren. Als zweiter Berichterstatter erhält das Wort

Dammer. Er erörtert vornehmlich die Lohnbewegung in den Branchen. Auch bei ihnen ist die Schaffung von Lohnämtern angestrebt worden. Die sechs Ortsklassen des Reichsmantelvertrages bilden bei den reichszentralen Ver-

handlungen, die für einige Branchen geführt werden, ein empfindliches Hindernis. Das Verlangen der Kollegen, ihre Löhne denen der Tischler in ihrem Bezirk anzupassen, ist berechtigt, ihm wird aber von den Unternehmern oft der Hinweis auf die Konkurrenzverhältnisse entgegengestellt. Wo eine kürzere als die 48stündige Arbeitszeit vertraglich festgestellt ist, suchen die Unternehmer dagegen anzukämpfen. Unsere Abwehr am Verhandlungstisch muß von den Kollegen in den Betrieben unterstützt werden. Das gleiche gilt auch für alle anderen Errungenschaften, die nur gesichert werden können, wenn die Kollegen in den Betrieben peinlichst über ihre Innehaltung wachen. Redner geht in seinen weiteren Ausführungen auf die speziellen Verhältnisse der einzelnen Branchen ein. Die Erlangung der Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages für die Bürsten- und Pinselindustrie macht sehr große Schwierigkeiten. Sie ist noch nicht erreicht, aber in nahe Aussicht gestellt, doch muß mit erheblichen Ausnahmen sowohl in räumlicher als auch in beruflicher Hinsicht gerechnet werden. Mit unseren Bemühungen, die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in Lohnfragen zu erreichen, haben wir bei der Reichsarbeitsverwaltung unerfreuliche Erfahrungen gemacht. Die Heimarbeit ist in der Bürstenmacherei und in der Korbmacherei ein schweres Hindernis für die Durchführung der Verträge. Sehr schwer leiden diese Berufe unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit, die einen sehr großen Umfang angenommen hat. Das Zusammenarbeiten mit dem Metallarbeiter-Verband bei gemeinsamen Lohnbewegungen erfolgt in manchen Bezirken kameradschaftlich, doch ist das nicht überall der Fall, und wir müssen uns gegen Übergriffe energisch zur Wehr setzen. Zusammenfassend kommt Redner zu dem Ergebnis, daß die Erfolge der Branchenbewegung sich mit denen der Holzindustrie messen können. Gewiß sind nicht alle Wünsche befriedigt worden, das ist aber nicht die Schuld des Vorstandes. Notwendig ist ein enges Zusammenarbeiten der Ortsverwaltungen mit der Zentralleitung, insbesondere muß die Berichterstattung noch weit besser ausgebaut werden. Die Mitglieder erhoffen vom Verbande eine Besserung ihrer Lebenslage, sorge deshalb jeder für die Stärkung des Verbandes, damit dieser imstande ist, die Aufgabe, die er sich gestellt hat, mit vollem Erfolge zu erfüllen. (Beifall.)

In der Debatte erhält als erster das Wort

Cohrs (Hamburg): Der Bericht des Vorstands ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitsgemeinschaft den Kampfcharakter unseres Verbandes nicht beeinträchtigt hat. Die bezirkliche Lohnreglung hat sich bewährt, aber das Fehlen von Lohnämtern ist ein Mangel. Auf die gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens müssen wir energisch drängen. Das Verlangen, daß der ADGB. in der Frage der Lohnbewegung größere Aktivität entwickelt, verdient lebhafte Unterstützung.

Schlüter (Bremerhaven): Mit den Berichten der Vorstandsvertreter können wir uns im allgemeinen einverstanden erklären. Eine reichszentrale Lohnreglung ist zurzeit unmöglich. Die Unzufriedenheit der Kollegen wegen der niedrigen Löhne ist begreiflich und berechtigt. Die geforderte Tätigkeit des ADGB. bei der Beeinflussung der Lohn- und Vertragspolitik darf nicht dazu führen, daß uns die Führung unserer Lohnkämpfe genommen wird. Das Lohnsystem auf den Werften ist unhaltbar, der Metallarbeiter-Verband verfolgt hier nicht eine richtige Politik. Unser Verband muß sich mehr um diese Dinge kümmern. Die Schaffung des Reichstarifs in der Korbindustrie muß mit Eifer gefördert werden. Unter der Gefängniskonkurrenz leidet auch die Kistenindustrie schwer, ganz besonders aber die Korbmacherei.

Boese (Berlin): Wir sind der Meinung, daß, wenn die Möglichkeit gegeben ist, etwas Besseres zu schaffen, als eine gegebene Vorlage vorsieht, wir die Freiheit dazu haben müssen. Unter diesem Gesichtspunkt sind wir an den Reichsmantelvertrag herangetreten. Der Kampf, den wir führten, war allerdings nur auf die Durchführung des Reichsmantelvertrages gerichtet, um die Kollegen im Reiche zu unterstützen. Die Auslegung der Bestimmungen des Vertrages über die Ferien ist noch nicht einheitlich. Wir haben vor dem Gewerbegericht und dem Innungsschiedsgericht Entscheidungen erlangt, die uns günstiger waren als die Auslegung des Vorstands.

Graßmann, ADGB.: Die Vorwürfe, die hier gegen den ADGB. erhoben wurden, wurden in urbaneren Formen geäußert, als wir es an manchen anderen Stellen erfahren haben. Wir werden für Dinge verantwortlich gemacht, auf die wir keinen Einfluß haben. Das Zutrauen zum ADGB., das sich darin äußert, daß wir gegen alle Übel der Zeit zur Hilfe gerufen werden, ist geradezu beängstigend; es muß auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden. Schleicher verlangte eine Vergrößerung des Apparats des ADGB., unabhängig von den Kosten. Das kollidiert mit den Erfahrungen, die man bei der Schaffung der Mittel machen muß. Die gerügten Einrichtungen sind eine Folge der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse. In den geltenden Satzungen des Bundes ist die Führung der Lohnbewegungen ausdrücklich den einzelnen Gewerkschaften vorbehalten. Die Aufstellung der Regeln für die Lohnbewegungen in gemischten Betrieben hat gezeigt, wie schwer es ist, unter den gegebenen Verhältnissen eine Änderung eintreten zu lassen. Es ist zutreffend gesagt worden, daß der Bund nur wirtschaftspolitisch wirke. Er hat auf dem Gebiet viel mehr geleistet, als manchmal angenommen wird. In der Erwerbslosenfrage, in der der Kurzarbeiter und bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge hat er sich lebhaft betätigt. Beim Scheitern der Marktstützungsaktion haben wir uns sofort dafür eingesetzt, daß wertbeständige Löhne geschaffen werden. Die Schwierigkeit dieses Problems zeigt sich erst dann, wenn man versucht, ihm praktisch zu Leibe zu gehen. Zurzeit liegen die Dinge so, daß zunächst eine Basis gesucht werden muß, die den Friedenslöhnen gerecht wird. Dazu wird ein zeitweiliger Teuerungszuschlag festzusetzen sein. Hierzu muß ein Schlüssel gesucht werden. Goldzoll oder Goldumgeld sind dafür für sich allein nicht geeignet. Wir haben geprüft, ob der Index brauchbar ist, aber wir kennen die Mängel dieser Statistik. Brauchbarer sind die Großhandelspreise. Unter Berücksichtigung aller dieser Momente wird man den Schlüssel suchen müssen. Die Vorschläge des Bundesvorstands müssen dem Bundesausschuß genehmigt werden. Dessen Einberufung darf nicht überhastet werden, wenn wir wollen, daß die Mitglieder mit einer abgeklärten Meinung in die Sitzung kommen. In die unmittelbare Reglung der Löhne für den einzelnen Beruf wird der ADGB. nicht eingreifen können. So weit sind wir noch nicht, daß die mehr beruflich orientierten Organisationen ihre Selbständigkeit aufgeben zugunsten einer allumfassenden Organisation. Die Schwierigkeiten lassen sich ahnen, wenn man nur z. B. die großen Meinungsverschiedenheiten in Betracht zieht, die hinsichtlich des Soziallohnes bestehen. Neben den materiellen Schwierigkeiten, die der Erfüllung der an den ADGB. gerichteten Wünsche entgegenstehen, gibt es also auch wesentliche Hindernisse anderer Art, wie ich sie angedeutet habe. In allernächster Zeit wird der ADGB. mit einem Programm an die Öffentlichkeit treten, das hieb- und stichfest ist, und für dessen Durchführung sich die Gewerkschaftsgenossen allesamt energisch einsetzen müssen. (Beifall.)

Pflieger (Stuttgart): Viele Unternehmer weigern sich, den qualifizierten Arbeitern einen höheren Lohn als den Vertragslohn zu zahlen; hier müßte der Vorstand eingreifen. Die Maschinenarbeiter haben einen berechtigten Anspruch auf höhere Entlohnung. Die Ferienbestimmungen des Vertrages müssen verbessert werden. Die Zahl der Ortsklassen im Reichsmantelvertrag muß wesentlich verringert werden im Hinblick darauf, daß sich die Teurung überall ziemlich gleichmäßig auswirkt.

Winkler (Meiningen): Die Zahl der Ortsklassen in den einzelnen Lohnbezirken ist zu groß. Es ist ein unerwünschter Zustand, daß Anträge nach Klassenversetzung gestellt werden, um auf diesem Wege zu der notwendigen Lohnerhöhung zu kommen. Auch die Unterschiede in der Lohnhöhe von Klasse zu Klasse sind zu groß. Für die Bemessung der Streikunterstützung werden wir nach einer anderen Regelung suchen müssen.

Lindenau (Hamburg): Die Werkttischler begrüßen es, daß unser Vorstand willens ist, eigene Wege zu gehen, wenn der Metallarbeiter-Verband seine Taktik nicht ändert. Durch die Soziallöhne werden ungesunde Verhältnisse geschaffen, die noch verschärft werden dadurch, daß der Lohn zwei Wochen stehenbleibt. Die Werkttischler erheben die Forderung, unter den Tarif der Holzindustrie gestellt zu werden. Wünschenswert wäre es, daß sich der ADGB. um die Verhältnisse auf den Werften kümmert. Unsere Kollegen wollen die Tarifpolitik des Metallarbeiter-Verbandes nicht länger mitmachen.

Radzuhn (Bremen): Die Tätigkeit des Vorstands auf dem Gebiet der Lohnpolitik verdient Anerkennung. Von der bezirklichen Lohnreglung werden wir nicht abgehen. Das Akkordwesen bedarf einer anderen Reglung. Vielfach wird in unverantwortlicher Weise darauflosgewühlt. Als Grundlage für die Lohnbildung ist der amtliche Index völlig unbrauchbar. Für den Gleitlohn spricht manches, aber er ist nicht ohne weiteres als Grundlage verwendbar.

Espenkott (Essen): Es ist uns nicht möglich gewesen, mit den Löhnen der Teurung zu folgen. Mit Recht ist daher vom ADGB. mehr Hilfe verlangt worden. Man muß zu dem Schluß kommen, daß es richtiger ist, wenn die gesamte Arbeiterschaft eines ganzen Bezirks gleichzeitig die Arbeit einstellt, wie es kürzlich im Ruhrgebiet und später in Oberschlesien der Fall war. Der ADGB. will ein hieb- und stichfestes Programm herausgeben, er muß nötigenfalls die Massen zum Kampf aufrufen. Dann werden die Massen wieder Vertrauen zum ADGB. gewinnen und ihm Folge leisten. Die Gauvorstände der verschiedenen Berufe in den einzelnen Bezirken müssen sich verständigen, um gemeinsame Lohnbewegungen zu führen.

Graßl (München): Von den Maschinenarbeitern wird verlangt, daß sie 20 Prozent über den Vertragslohn erhalten. Schon auf der Maschinenarbeiterkonferenz habe ich Bedenken wegen der Konsequenzen geäußert. Aber wir müßten doch prüfen, ob nicht die qualifizierten Maschinenarbeiter berechtigt sind, einen höheren Lohn zu verlangen. Wo in Akkord gearbeitet wird, wird der Maschinenarbeiter zu höherer Leistung angespornt, ohne daß er einen höheren Lohn erhält. Auch das Verlangen nach Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bei Unfällen und Krankheit ist berechtigt. Der Lohnbildung in den Kleinbetrieben der Bürstenindustrie muß größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Hier wird abgebrochen. Die Nachmittagssitzung fällt aus, da die Delegierten einer Einladung der Kasseler Kollegen zu einem Spaziergang nach Wilhelmshöhe Folge leisten.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. Juni.

Bei der Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte erhält als erster das Wort

Dörfler (Fürth): Es ist richtig, daß der ADGB. eine reiche Tätigkeit entfaltet hat, er hat es aber verabsäumt, über diese Tätigkeit in geeigneter Weise die Öffentlichkeit zu unterrichten, daher entsteht in weiten Kreisen die Vermutung, als lasse es diese Stelle an der Erfüllung ihrer Pflichten fehlen. Viele Unternehmer beschränken sich darauf, den Qualitätsarbeitern nur den Vertragslohn oder ganz geringfügig darüber zu zahlen. Das ist eine kurzsichtige Politik, die dem Gewerbe nicht zum Vorteil gereicht. Die kommunistischen Kollegen haben auch bei diesem Punkt der Tagesordnung wieder eine ihrer langen Resolutionen eingereicht. Sie folgen dabei einer Parole, die von außen kommt, aber mit der Förderung der Gewerkschaftsarbeit nichts gemein hat. (Beifall.)

Ziegler (Dortmund) spricht über den Streik im Ruhrrevier. Dieser Streik ist offenbar von unlauteren Elementen provoziert worden. Das Anwachsen der Industrie hat zur Folge gehabt, daß im Industriebezirk unsere Kollegen aus den Kleinbetrieben abwandern und in die oft sehr gut eingerichteten Betriebe der Großindustrie gehen. Diesen Dingen müssen wir größere Aufmerksamkeit zuwenden, zumal die von den Metallarbeitern abgeschlossenen Lohnabkommen an Übersichtlichkeit sehr viel zu wünschen übriglassen.

Neuburger (Nürnberg): Bei der steigenden Teurung ist der Reallohn gesunken. Hier liegt die Ursache der Unruhen, die wir in verschiedenen Gegenden erlebt haben und die aus politischen Gründen geschürt wurden. Der ADGB. sollte öfter Berichte über die Lage herausgeben. Die reichsterifliche Lohnreglung in der Bürsten- und Pinselindustrie bietet gewisse Vorteile, aber für die Bleistiftarbeiter ist diese Verkuppelung nicht gerade zweckmäßig. Die Zentralkommissionen, die sich bewährt haben, sollten erhalten bleiben.

Fischer (Liegnitz): Gleitlöhne sollte man nicht grundsätzlich ablehnen, die Schwierigkeit liegt nur in der Findung eines brauchbaren Index. Die bezirkliche Lohnreglung für das Holzgewerbe muß beibehalten werden, dagegen ist die reichszentrale Reglung für die kleinen Branchen zweckmäßiger. Die Ferienbestimmungen des Reichsmantelvertrages sind noch recht mangelhaft. In der Lehrlingsfrage darf es nicht bei der papiernen Resolution bleiben, hier muß energischer gehandelt werden. Die Entschädigungssätze müssen auf eine angemessene Höhe gebracht werden. Die von den Berliner Kollegen vorgelegte kommunistische Resolution zeigt keine praktischen Wege und muß abgelehnt werden.

Leikert (Schmölln): In der Knopfindustrie ist die Konjunktur recht ungünstig; schon seit längerer Zeit wird verkürzt gearbeitet, viele Kollegen wurden entlassen. Daraus müssen wir erkennen, daß wir bei günstigem Geschäftsgang die Konjunktur besser ausnutzen müssen. Entgegen den Beteurungen, die wir gehört haben, sind die Kommunisten bei uns bemüht, die Gewerkschaft zu schädigen.

Bolze (Berlin): In Berlin sieht man es sehr gern, wenn wir bei Lohnabkommen aktiv auftreten und die Massen vorwärtsdrängen. Die beiden Verräter beim Saar-Bergarbeiterstreik waren keine Kommunisten, sondern Sozialdemokraten. Beim Ruhrstreik waren die Provokateure Hakenkreuzler, gegen die die Kommunisten aufgetreten sind. Der Vorwurf, daß die Kommunisten im Solde der Franzosen die Unruhen hervorgerufen hätten, ist zurückzuweisen. Zwischen beiden besteht keine andere Beziehung wie zwischen Henkern und ihren Opfern. Solange wir versuchen, mit den Unternehmern gemeinsame Lohnpolitik zu treiben, werden wir Schiffbruch leiden. Die gehörten Berichte zeigen, daß sich die Verhältnisse immer mehr zu unsern Ungunsten geändert haben. Deshalb müssen wir uns anderer Mittel bedienen, die mehr Erfolg versprechen.

Möhrenschlager (Erlangen): Die unbefriedigenden Ergebnisse der Lohnbewegungen sind ein Beweis dafür, daß wir trotz unseres Wachstums noch nicht stark genug sind. Wir müssen auch bestrebt sein, die Politik in den Parlamenten zu beeinflussen. Die Preise der Lebensbedürfnisse sind auch in den kleinen Orten so gestiegen, daß die Aufrechterhaltung der sechs Ortsklassen keine Berechtigung mehr hat. Dem Lehrlingswesen müssen wir größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Gomolka (München): Wenn die Kommunisten statt ihrer Resolutionspolitik praktische Arbeit leisten würden, wäre das für die Arbeiterbewegung von Vorteil. Daß München ein Sammelpunkt der Hakenkreuzler werden konnte, ist nicht zum mindesten den kommunistischen Agitationsmethoden zu danken. Bei all dem müssen wir prüfen, ob nicht bei unsern Lohnverhandlungen andere Wege einzuschlagen sind. Auch wir hätten manchmal gewünscht, vom ADGB. eine bessere Unterstützung zu finden. Es muß ein Weg gefunden werden, eine einheitliche Politik in der Lohnbewegung unter allen Gewerkschaften herbeizuführen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zur Frage der **Zentralkommissionen** erklärt **Tarnow**, daß der Vorstand nicht plane, die Zentralkommissionen aufzulösen. Auf Anregung einer Zentralkommission haben wir alle befragt, wie sie über ihre weitere Tätigkeit denken. Die Mehrzahl hat sich für das Weiterbestehen erklärt. Um die Arbeit der Zentralkommissionen zu unterstützen und zu fördern, ist im Hauptbureau ein Referat für die Zentralkommissionen eingerichtet worden. Die Tätigkeit der Zentralkommissionen darf sich nicht auf die Lohnbewegung erstrecken, sondern sie haben sich ausschließlich mit der Agitation und der beruflichen Durchbildung der Branchenangehörigen zu beschäftigen.

Schleicher (Schlußwort): Die Frage der bezirklichen Lohnreglung kann für uns keine grundsätzliche sein. Wenn es möglich ist, eine bessere Reglung zu finden, dann besteht keine Veranlassung, das grundsätzlich abzulehnen. Der auch in den kleineren Orten eingetretenen Teurung ist durch Verringerung der Spannung der Lohnhöhe zwischen den verschiedenen Ortsklassen in manchen Bezirken schon wesentlich Rechnung getragen worden. Durch die Umbenennung der Ortsklasse allein läßt sich ein höherer Lohn nicht erreichen, wenn nicht die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Das Arbeiten für den vertraglichen Durchschnittslohn, wie es in Stuttgart üblich ist, ist keineswegs die Regel. In sehr vielen Orten stehen die wirklichen Löhne wesentlich über dem Vertragslohn, weil die Kollegen es verstehen, ihrer individuellen Leistungsfähigkeit die gebührende Anerkennung zu verschaffen. Das Verlangen, die Maschinenarbeiter allgemein höher zu bewerten als den tüchtigen Möbelschreiner, läßt sich nicht begründen. Man muß auch den großen Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit der Maschinenarbeiter berücksichtigen. Diese Frage muß individuell geregelt werden. Im Reichsmantelvertrag ist das gesammelt, was auf diesem Gebiet in zwei Jahrzehnten gewachsen ist. Die Bestimmungen über die Ferien sind jüngeren Ursprungs. Ihre Fassung ist noch nicht ideal, aber im Tarifamt kann keine Vertragspolitik getrieben und der Vertrag verbessert werden; hier müssen die Verträge nach Treu und Glauben ausgelegt werden. Es ist im allgemeinen kein Vorteil für die Kollegen, wenn sie versuchen, von Gewerbegerichten eine günstige Auslegung unseres Vertrages zu erlangen. Es gibt sehr zahlreiche ungünstige Entscheidungen von Gewerbegerichten, die wir im Reichstarifamt redressieren mußten. Für die Auslegung des Reichsmantelvertrages sind die vertraglichen Schlichtungsinstanzen die allein zuständigen Stellen. In der Vertragspolitik können wir keine neuen Grundsätze aufstellen, angesichts der Flüssigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen wir uns jeweils anpassen müssen. Deshalb haben wir auch keine formulierte Resolution vorgelegt. Den ADGB. wollte Redner nicht verantwortlich machen, er wollte nur den Wunsch aussprechen, daß der ADGB. dort eingreife, wo die Lohnfrage eine politische Frage werde. Die vielen Einzelbeschwerden der Gewerkschaften müßten vom ADGB. zusammengefaßt und einheitlich vertreten werden. Wenn der Bundesvorstand Lohnpolitik treibt, dann muß er in enger Fühlung mit den Zentralvorständen bleiben. Er hat recht viel getan, er muß aber auch dafür sorgen, daß seine Tätigkeit im einzelnen zur Kenntnis der Gewerkschaften kommt. Die für den Ausbau des Bundesvorstands erforderlichen Kosten wird unser Verband zu seinem Teil gern tragen. Die vorliegenden Anträge zur

Lohn- und Vertragspolitik sind entbehrlich und können abgelehnt werden.

In der nun folgenden Abstimmung wird die folgende Resolution der Vorberatungskommission

Der Verbandstag billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes auf dem Gebiet der Lohn- und Vertragsbewegung einschließlich seiner Stellungnahme bei den Verhandlungen über die Lehrlingsordnung für das deutsche Holzgewerbe.

Der Verbandstag fordert von der Reichsregierung dringend eine baldige gesetzliche Neureglung des Lehrlingswesens. Inzwischen sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses im Gewerbe nach Kräften zu fördern und die Lehrlinge vor Ausbeutung zu schützen.

Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und mit dem Handwerks- und Gewerbekammertag fortzusetzen und auf eine rasche Fertigstellung der Lehrlingsordnung zu dringen.

gegen wenige Stimmen angenommen. Der Antrag, auch die Löhne der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren tariflich festzulegen, wird angenommen.

Zu den Anträgen, welche eine höhere vertragliche Entlohnung der Maschinenarbeiter verlangen, wird von der Vorberatungskommission folgende Entschließung vorgeschlagen:

Qualifizierte Maschinenarbeiter haben ebenso wie qualifizierte Tischler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Anspruch auf einen höheren als den vertraglichen Durchschnittslohn. In Betrieben, in denen die übrige Belegschaft in Akkord einen Überverdienst erzielt, ist für die Maschinenarbeiter und Facharbeiter, die in Lohn arbeiten, ein Akkordausgleich zu fordern.

Nach kurzer Debatte wird diese Entschließung angenommen. Eine größere Aussprache entspinnt sich über die Frage, ob angestrebt werden soll, in die Verträge Bestimmungen aufzunehmen, die den Unternehmer verpflichten, im Krankheitsfall die Differenz zwischen Arbeitslohn und Krankengeld zu zahlen. Es besteht Übereinstimmung darin, daß eine solche Vorschrift wünschenswert ist, doch gehen die Ansichten darüber auseinander, ob es taktisch richtig ist, die Anträge in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Von mehreren Rednern wird empfohlen, diese Frage nicht als eine solche des Tarifvertrages, sondern als Forderung an die Gesetzgebung zu behandeln. Beschlossen wird, die Anträge an die Sozialpolitische Abteilung des ADGB. zu verweisen. Angenommen werden die Anträge, die eine Verbesserung der Ferienbestimmungen in den Verträgen bezwecken. Eine Reihe weiterer Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung wird, soweit sie genügende Unterstützung gefunden hat, zum Teil den Vertragsinstanzen überwiesen, zum Teil abgelehnt. Der Antrag, einen Landestarif für die Korbmacherheimarbeiter zu schaffen, wird dem Verbandsvorstand zur näheren Prüfung überwiesen. Dem Verbandsvorstand überwiesen werden auch die Anträge, welche eine Regelung der Entschädigung für die Lehrlinge verlangen. Mit der Annahme des Antrages, der die Errichtung einer Zentralstelle für Lohnfragen beim ADGB. verlangt, ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Nunmehr wird

Punkt 6 der Tagesordnung,
Der Gewerkschaftskongreß,

vorweg erledigt. Berichterstatter ist

Tarnow. Er weist einleitend auf den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses zur Organisationsfrage hin. Er habe als Referent auf dem Gewerkschaftskongreß die Ansichten vertreten, die sich mit den Beschlüssen unseres Hamburger Verbandstages decken. Von der Mehrheit des Kongresses wurde dagegen beschlossen, Industrieverbände auf betrieblicher Grundlage zu bilden. Redner gehört der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission an, der die Ausführung dieses Beschlusses überwiesen wurde. Bei aller Anerkennung der Interessengemeinschaft der Arbeiter des gleichen Betriebes darf nicht übersehen werden, daß berufliche Zusammenhänge und vor allem die bestehenden gewerkschaftlichen Zusammenhänge nicht gewaltsam gelöst werden können. Die Konzentration der Gewerkschaften ist durchaus anzustreben, aber man kann hierbei nicht gewaltsam vorgehen. Besonderer Wert ist auf die innere Konzentration zu legen. Es muß stärker beachtet werden, daß wir nicht mehr die Generalkommission, sondern einen Gewerkschaftsbund haben. Aber gerade die Wortführer der Organisationen, welche die äußere Konzentration anstreben, stehen der stärkeren Ausbildung des Gewerkschaftsbundes ablehnend gegenüber. Sie wollen eine Stärkung ihres eigenen Verbandes, aber dessen möglichste Unabhängigkeit vom Gewerkschaftsbund. Redner empfiehlt zum Schluß, die seitherige Politik des Vorstands auf diesem Gebiet zu billigen und deren Fortsetzung gutzuheißen.

Die Vorberatungskommission hat zu diesem Punkt der Tagesordnung folgenden Antrag vorgeschlagen:

Der Verbandstag spricht sich für eine stärkere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung in der Richtung aus, daß die Verbindung der Gewerkschaften im Rahmen des ADGB. fester wird, die Organisation und die Einrichtung des ADGB. weiter ausgebaut werden und nach Möglichkeit eine Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen bei den angeschlossenen Verbänden angestrebt wird.

Der Verbandstag stimmt den im ADGB. beschlossenen Regeln für die Führung von Lohnbewegungen in der Voraussetzung zu, daß sie von allen dem ADGB. angehörenden Verbänden anerkannt werden.

In bezug auf die Abänderung der Organisationsformen billigt der Verbandstag die vom Vorstand bisher eingenommene Haltung und beauftragt diesen, im gleichen Sinne an den weiteren Beratungen im ADGB. teilzunehmen.

Schlüter (Zimmerer): Die vom Vorstand eingenommene Haltung [illegible] Organisationsfrage ist zu billigen. Jeder Zwang ist abzulehnen. Wir müssen uns gegen die Machenschaften der Metallarbeiter und Bauarbeiter wenden. Anzustreben ist die Bildung eines allgemeinen Arbeitnehmerverbandes, der sich in Fachsektionen gliedert.

Blaschek (Breslau): Die kleinen Gewerkschaften sind ein Hindernis für den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung. Nur große Verbände sind leistungsfähig.

Wagenführ (Berlin): Die Führer sollten sich dem Streben zur Schaffung großer Industrieverbände nicht entgegenstellen. Für jeden Betrieb sollte nur eine Organisation zuständig sein. Die Gewerkschaften sollten aufgebaut werden nach dem Vorbild der Gliederung der Betriebsräte.

Nach der Mittagspause wird die Debatte fortgesetzt.

Schönenberger (Schwenningen): Die Schaffung der Einheitsorganisation, wie sie verlangt wird, würde zur Spaltung der Gewerkschaften nach politischen Gesichtspunkten führen. Die Abtrennung von Mitgliedern aus bestehenden Industrieverbänden und ihre Einreihung in berufsfremde Verbände zur Herstellung von Betriebsorganisationen muß, auch im Hinblick auf die Verhältnisse in der Uhrenindustrie, abgelehnt werden.

Henning (Berlin): Das Verlangen nach einer anderen Organisationsform ist der Schrei des Proletariats, aus dem Elend herauszukommen. Die Beteiligung von zahlreichen Organisationen an Kämpfen im gleichen Betriebe spricht für Notwendigkeit, alle Arbeiter des gleichen Betriebes in eine gemeinsame Organisation zu überführen. Wir sind für Zentralisierung der Organisationen, weil das die Zentralisierung der Kämpfe bedeutet. Redner beantragt, die im ADGB. beschlossenen Regeln für die Führung von Lohnbewegungen abzulehnen.

Stöver (Düsseldorf): Wenn man für die Konzentrierung der Gewerkschaftsbewegung eintritt, dann darf man die Freiwilligkeit nicht so stark betonen. Der Vorredner will die Form der Gewerkschaftsorganisation dem Bedürfnis seiner politischen Partei anpassen. Das müssen wir ablehnen. Die Gewerkschaften sollten in der Weise wie die Betriebsräteorganisationen aufgebaut werden. Den Richtlinien für die Führung von Lohnbewegungen müssen wir zustimmen.

Graßmann, ADGB.: An den Gewerkschaftskongressen müssen die Leiter der Organisationen teilnehmen, um die gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen praktisch nutzbar zu machen. Es wäre also nicht sehr glücklich, alle Delegierten auf dem Wege der Urwahl zu wählen. Die Schaffung einer Einheitsorganisation käme dem Unternehmertum sehr gelegen, das würde es ihm erleichtern, der „Hydra der Gewerkschaftsbewegung" auf einmal den Kopf abzuschlagen. Die Vornahme einer Urabstimmung darüber, ob die Industrieorganisation auf betrieblicher Grundlage zu schaffen ist, würde schwerlich ein zustimmendes Votum ergeben. Die in letzter Zeit in verschiedenen Verbänden vorgenommenen Urabstimmungen haben gezeigt, daß die Begeisterung für den Zusammenschluß zu Industrieverbänden bei den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht so groß ist, wie oft behauptet wird. Die Resolution Tarnows auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß war das Ergebnis der eineinhalbjährigen Arbeit der zu dem Zweck eingesetzten Studienkommission, der auch der Bundesvorstand zugestimmt hat. Nach dem Leipziger Kongreß ist wieder eine Kommission zusammengetreten, die eine Unterkommission eingesetzt hat. Hier hat sich die ungeheure Schwierigkeit der Frage von neuem ergeben. Die Meinungen gehen sehr weit auseinander. Der Grundzug kann dahin umschrieben werden, daß jeder den Wunsch hat, sein Vaterland, seine Organisation, größer zu machen. Es ist durch die Erfahrung erwiesen, daß der gemeinsame Beruf das primäre Bindemittel der Gewerkschaftsorganisation ist. Unsere Verbände sind nicht Zwangsorganisationen; man kann nicht Tausende von Mitgliedern einer Organisation zu „Mußpreußen" machen. Mit dem Aufbau der Organisation auf die Zugehörigkeit zum Betrieb erreicht man, daß Arbeiter, ohne ihren Beruf zu wechseln, gezwungen werden, in kurzen Zwischenräumen vielleicht vielmal ihre Organisation wechseln zu müssen. Nichts ist irriger als die Vermutung, daß die Gewerkschaftsführer einem vernunftgemäßen Aufbau der Organisationen widerstreben. Aber auch das Einheitsmitgliedsbuch, das demnächst vom Bundesvorstand herausgegeben wird, dürfte die weitgehenden Erwartungen hinsichtlich der Vereinheitlichung der Organisationen, die daran geknüpft werden, schwerlich befriedigen. Wo bei den Massen der Wille zur Verschmelzung vorhanden ist, vollzieht sich dieser von selbst. Deshalb empfiehlt es sich, sich auf den Boden der Entwicklung zu stellen, wie er in dem Antrag der Vorberatungskommission zum Ausdruck kommt. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen.

Tarnow weist im Schlußwort auf die Urabstimmung in einigen Organisationen hin, die den Zusammenschluß mit anderen Organisationen, entgegen der Empfehlung durch die Vorstände, ablehnten, wo man also den Führern die „Krone", die sie ablegen wollten, wieder auf ihr Haupt drückte. Henning vertritt die Auffassung, je größer die Organisation, desto größer die Kämpfe. Demgegenüber sei auf den Kampf in der Metallindustrie hingewiesen, wo sich der Vorstand eifrig bemühte, die Kampffront nicht zu erweitern, weil das den Wünschen der Unternehmer entsprochen hätte. Hätten wir die Einheitsorganisation, dann hätte man uns nicht gestatten können, wie wir es im Frühjahr getan haben, 45 000 Mann in den Kampf zu schicken, wie wir es im Vertrauen auf unsere Kollegen tun konnten. Die Verantwortung muß den einzelnen Organisationen überlassen bleiben. Man sagt, die große Organisation sei kampfkräftiger. Ist etwa der große Metallarbeiter-Verband die kampfkräftigste Organisation? Die Größe allein ist noch nicht die Garantie für die Kampfkraft. Wir müssen mit unserer Organisationsform der der Unternehmer einigermaßen folgen. Eine einheitliche Unternehmerorganisation gibt es nicht. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist keine Einheitsorganisation, sie entspricht etwa unserem Gewerkschaftsbund, umfaßt aber rund 400 selbständige Arbeitgeberverbände. Es gibt verschiedene Konzentrationstendenzen in den Gewerkschaften, die einander schroff widersprechen und sich zum Teil schneiden. Das ist in der vom ADGB. eingesetzten Kommission sehr drastisch zum Ausdruck gekommen. Deshalb müssen wir dafür eintreten, daß kein Zwang angewendet wird.

Über den Antrag der Vorberatungskommission wird absatzweise abgestimmt. Die einzelnen Absätze werden angenommen, unter Ablehnung eines zum zweiten Absatz gestellten Abänderungsantrages Henning (Berlin).

Die Vorberatungskommission hat weiter den folgenden Antrag, betreffend die Delegation zum nächsten Gewerkschaftskongreß, gestellt:

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß werden vom Verbande drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder und ein Vertreter der Redaktion entsandt, die vom Verbandsvorstand bestimmt werden. Die weitere auf den Verband entfallende Delegiertenzahl wird nach der Maßgabe verteilt, daß zunächst jeder Gau einen Delegierten erhält. Die überschießende Zahl der Delegierten ist auf die einzelnen Gaue entsprechend der Mitgliederzahl derselben zu verteilen.

Auch dieser Antrag wird unter Ablehnung eines Abänderungsantrages, der die Wahl aller Delegierten durch Urwahl verlangt, angenommen. Damit sind die sonstigen zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge erledigt.

Es folgt

Punkt 4 der Tagesordnung:
Das neue Arbeitsrecht.

Jahn betont als Berichterstatter einleitend die Systemlosigkeit des Arbeitsrechts der Vorkriegszeit. Die herrschenden Klassen hatten kein Interesse an der Sicherung und dem Ausbau des Arbeitsrechts. Im Gegenteil, mußte doch der Gewerkschaftskongreß noch kurz vor Ausbruch des Krieges Maßnahmen zum Schutz des bedrohten Koalitionsrechts beschließen. In seinen weiteren Ausführungen begründet der Redner in eingehender Weise die folgende

Resolution.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in Leipzig fordert der Verbandstag von der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften die beschleunigte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und damit die Festlegung einheitlicher Rechtsquellen, eine Einheit in der arbeitsrechtlichen Rechtsprechung und die Errichtung von besonderen Arbeitsbehörden.

Die bisher verabschiedeten Gesetze und die den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegten Gesetzentwürfe sind völlig unbefriedigend und nicht geeignet, das in der Reichsverfassung angekündigte einheitliche Arbeitsrecht anzubahnen.

Die besondere Bevorzugung des Handwerks im Arbeitsrecht führt zu einer unerträglichen Benachteiligung der zahlreichen in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter. Das unzulängliche Betriebsrätegesetz und das ebenso mangelhafte Arbeitsnachweisgesetz sind auch aus diesem Grunde dringend revisionsbedürftig. Das Arbeitsnachweisgesetz bringt nicht den von jeher von der Arbeiterschaft geforderten Benutzungs- und Meldezwang und nicht die Einheitlichkeit der Organisation, weil es die Aufrechterhaltung der nicht gewerbsmäßigen Nachweise weiter zuläßt und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in unverständlicher Weise schont. Bei dem Entwurf zu einer Arbeitslosenversicherung wird durch die Schaffung von Gefahrenklassen und durch die Nichteinbeziehung großer Arbeiterkreise in den Kreis der Versicherten der Grundsatz der Solidarhaftung verlassen.

In dem von der Regierung vorgelegten Arbeitszeitgesetzentwurf, der noch durch die Mehrheit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates wesentlich verschlechtert worden ist, wird durch ein wahres System von Ausnahmen der Achtstundentag so durchlöchert, daß die Ausnahmen zur Regel werden. Die Vorschrift, daß Tarifverträge grundsätzliche Verpflichtungen über die Zulässigkeit und den Umfang der zu leistenden Überstunden enthalten müssen, bedeutet eine Gefahr für den Tarifvertragsgedanken. Schärfster Protest wird gegen die vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat beschlossene Bestimmung eingelegt, wonach der Achtstundentag für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe in der Praxis aufgehoben wird.

Der vorliegende Entwurf zu einer Reichsschlichtungsordnung ist geeignet, durch die vorgesehenen Zwangseingriffe das Koalitionsrecht zu unterbinden; er zeigt das Bestreben, die Schlichtungsbehörden zu bureaukratisieren und in ihnen den Juristen einen überragenden Einfluß zu gewähren. Auch den Entwurf zu einer Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit, der die zu bildenden neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten verbinden, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen will, und der die Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten vorsieht, lehnt der Verbandstag in der vorliegenden Fassung entschieden ab, weil der Entwurf keine Fortbildung in der Arbeitsgerichtsbarkeit, sondern einen großen Rückschritt bringen würde.

Die Vereinheitlichkeit des Arbeitsrechts erfordert mit zwingender Notwendigkeit die Errichtung von besonderen, dem Arbeitswesen dienenden Arbeitsbehörden, die im demokratischen Aufbau und auf dem Wege der Selbstverwaltung alle Funktionen übernehmen, die heute ohne inneren Zusammenhang und ohne organische Verbindung von den allgemeinen Verwaltungs- oder von Sonderbehörden wahrgenommen werden.

Der Verbandstag erwartet von dem ADGB., daß er seinen ganzen Einfluß aufbietet, eine Gestaltung des Arbeitsrechts herbeizuführen, die den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht.

Jahn schließt seine mit großer Aufmerksamkeit angehörten Ausführungen mit folgenden Worten: Vieles wird vorbereitet, was keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet. Die Arbeiterschaft wird sich die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung erringen. Ihre Kampfmittel sind ihre wirtschaftliche Bedeutung für die Volksgesamtheit, ihre moralischen und geistigen Eigenschaften und Kräfte. Je mehr die Arbeiterschaft sich regt, je geschlossener sie als Klasse auftritt, je weniger sie im geistigen Streben erlahmt, um so sicherer und schneller wird sie sich den Weg bahnen zu einem neuen Arbeitsrecht, das der Arbeitskraft jenen Schutz bringt, den das Wohlergehen und der Aufstieg der Menschheit erfordert. (Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort

Henning (Berlin): Das Streben der Regierung und der herrschenden Klassen ist darauf gerichtet, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Hat doch selbst der frühere Staatssekretär August Müller geschrieben, daß es Torheit sei, schematisch am Achtstundentag festzuhalten. Auch andere bekannte Sozialdemokraten haben sich gegen den Achtstundentag ausgesprochen. Mit der Kritik des Berichterstatters stimme ich überein, aber welche Mittel sollen angewendet werden? Die parlamentarische Aktion muß durch außerparlamentarische Mittel unterstützt werden. Vom Bundesvorstand muß verlangt werden, daß er alle gewerkschaftlichen Machtmittel anwendet, um den Versuch der Knebelung der Arbeiterschaft entgegenzutreten.

Geuder (Bonn): Mit dem Vorschlag, außerparlamentarische Kampfmittel zur Anwendung zu bringen, wird der Vorredner hier kaum Gegenliebe finden. Der deutsche Städtetag hat sich gleichfalls für die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte ausgesprochen, wohl aus finanziellen Gründen. Wir müssen diesen Bestrebungen aus sachlichen Erwägungen auf das schärfste entgegentreten. Es muß möglich sein, die Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufzubauen. Der Entwurf zur Schlichtungsordnung enthält unannehmbare Bestimmungen, wie den § 55 und andere; aber es wäre ein Fehler, die Schlichtungsordnung unter allen Umständen abzulehnen.

Müller (Bremen): Es muß geprüft werden, ob die Kollegen es verstanden haben, die Rechte, die sie haben, auch voll auszunutzen. Das Betriebsrätegesetz muß ausgebaut werden. Notwendig ist, daß der Verband mehr für die Schulung der Betriebsräte tut, besonders für solche, die im Aufsichtsrat sitzen. Die Betriebsräteversammlungen dürfen nicht zum Tummelplatz politischer Ansichten werden, wie das von den Kommunisten versucht wird. Die Rechtsentscheidungen zum Arbeitsrecht müssen den Mitgliedern bekanntgemacht werden.

Zeidler (Geringswalde): Das Arbeitszeitgesetz ist nichts weiter als ein Gesetz zur Beseitigung des Achtstundentages. Gegen die geplanten Arbeitsgerichte haben wir starkes Mißtrauen.

Wagenführ (Berlin): Die Ausführung der Beschlüsse der Betriebsräte durch die Unternehmer gibt zu berechtigten Beschwerden Anlaß. Selbst Juristen haben betont, daß das Betriebsrätegesetz so kautschukartig ist, daß den Arbeitern ihr Recht völlig genommen werden kann. Die Arbeitslosenversicherung lehnen wir im Gegensatz zum Berichterstatter ab; wir müssen ohnehin genug Versicherungsbeiträge zahlen. Auch wir sind für die Schaffung einer Schlichtungsordnung, aber einer, die diesen Namen verdient und für Arbeiter, Angestellte und Beamte gilt. Am Achtstundentag müssen wir streng festhalten, für Jugendliche fordern wir den Sechsstundentag.

Springer (Berlin): Der Berichterstatter bewegt sich auf einem Boden, den wir nicht betreten können. Den Glauben, daß die Arbeiter als gleichberechtigt im Wirtschaftsleben anerkannt werden, können wir nicht teilen; diese Gleichberechtigung kann nicht auf dem Rechtsboden errungen werden, sondern nur durch Kampf. Wenn wir zusammenhalten im ADGB., werden wir erreichen, daß diese Gesellschaftsordnung erschüttert und gestürzt wird.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Schneider (Hamburg): Auch bei Durchführung unserer Wünsche würden die Arbeiter nicht zu ihrem Recht kommen, weil sie durch die Rechtsauslegung um ihre Ansprüche betrogen werden. Wir müssen eine richtige Vertretung der Arbeiterschaft in den Arbeitsgerichten verlangen. Die Entsendung der Betriebsräte in den Aufsichtsrat ist im Grunde eine Farce. Die entscheidenden Verhandlungen des Aufsichtsrates finden vorher statt, und wenn der Vertreter des Betriebsrates in die Sitzung kommt, ist die Beschlußfassung nur noch eine Formalität. Einer Arbeitslosenversicherung, die alle Arbeiter umfaßt, stimme ich zu.

Boese (Berlin): Wir müssen unbedingt am Achtstundentag festhalten, dagegen jeden Entwurf einer Schlichtungsordnung und das Arbeitszeitgesetz ablehnen. Mit dem Arbeitsnachweisgesetz haben wir wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht. Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung will die Lasten der Erwerbslosenfürsorge auf die Arbeiter abwälzen.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Jahn setzt sich im Schlußwort mit einigen der in der Diskussion gemachten Einwendungen auseinander. Um die Ausbildung der Betriebsräte hat sich der Vorstand bisher lebhaft bemüht, und er wird in Zukunft seine Bemühungen noch steigern. Die Einwände gegen die Arbeitslosenversicherung klingen sehr radikal, aber es wird übersehen, daß wir auch die Kosten der Erwerbslosenfürsorge in der Hauptsache aufbringen müssen. Bei der Arbeitslosenversicherung können sich die Unternehmer nicht von der Beitragspflicht drücken. Die gesetzgeberische Regelung des Achtstundentages ist durchaus notwendig. Die Ablehnung jeder Schlichtungsordnung ist kurzsichtig. Die Arbeiter in Rußland wären froh, wenn sie eine Schlichtungsordnung hätten, in der Form, wie wir sie als unzulänglich auf das schärfste bekämpfen.

Die vorgelegte Resolution wird gegen wenige Stimmen angenommen, ebenso ein Antrag, im dritten Absatz hinter das Wort „Betriebsrätegesetz" einzufügen, „das Gesetz über die Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat". Angenommen wird auch der Antrag, der verlangt, daß das Betriebsrätegesetz noch bedeutend zugunsten der Arbeiter verbessert wird. Die übrigen Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung sind durch die Resolution erledigt.

Bannwolf (Hamburg) berichtet namens der Vorberatungskommission über die Vorschläge zur Gehaltsregelung für die Angestellten. Bei der seitherigen Regelung sind die Gehälter der Angestellten weit weniger gestiegen als die Löhne unserer Kollegen. Deshalb wird jetzt folgende Regelung vorgeschlagen: Lokalbeamte, Bezirksbeamte und Hilfsarbeiter im Hauptbureau erhalten den vertraglichen Durchschnittslohn im Holzgewerbe mit 30 Prozent Zuschlag für 208 Stunden. Gauvorsteher, leitende Lokalbeamte und Abteilungsleiter im Hauptbureau erhalten 15 Prozent mehr, und das Grundgehalt der Vorstandsmitglieder und Redakteure der „Holzarbeiter-Zeitung" ist um weitere 15 Prozent höher. Dazu kommen Dienstaltterszulagen von 2 Prozent nach jedem Dienstjahr, bis nach fünf Jahren das Höchstgehalt erreicht ist. Die Gehaltsbasis soll je nach Bedarf vom Vorstand festgesetzt werden, wobei die Bezirkslöhne der fortgeschrittensten Bezirke der Ortsklasse 1 zugrunde gelegt und die Abstufung von Klasse zu Klasse 4 Prozent betragen soll. Die Aufwandsentschädigung soll 5 Prozent vom Gauvorstehergehalt betragen. Für Dienstreisen sollen als Diäten pro Tag 2 Prozent des Monatsgehalts und 1 Prozent für Übernachten gezahlt werden.

Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Die Tagesdiäten der Verbandsdelegierten werden auf 40 000 Mk., für Übernachten auf 20 000 Mk. festgesetzt. Als Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst werden den in Arbeit stehenden Delegierten aus der ersten Ortsklasse 48 000 Mk. pro Tag gewährt, mit einer Abstufung von 4 Prozent für die folgenden Klassen.

Nunmehr wird über den Antrag auf Schaffung eines Beirats beraten.

Bannwolf trägt als Berichterstatter der Vorberatungskommission vor, daß diese den Gedanken grundsätzlich zustimmt, doch habe sie bei näherer Prüfung der in Betracht kommenden Momente, insbesondere als es sich um die Stellung des Beirats im Verband und zu den anderen Verbandsinstanzen handelte, erkannt, daß sich der Plan jetzt noch nicht verwirklichen läßt. Deshalb soll der Vorstand beauftragt werden, bis zum nächsten Verbandstag eine Denkschrift über den Gegenstand auszuarbeiten. Inzwischen sollen die Bevollmächtigten von etwa zehn großen Verwaltungsstellen zur Teilnahme an den Gauvorsteherkonferenzen zugezogen werden.

Stöver (Düsseldorf) beantragt, den Ausschuß aufzulösen und an dessen Stelle einen Beirat einzusetzen. Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt und der Vorschlag der Kommission angenommen.

Der Antrag, den Sitz des Ausschusses zu verlegen, wird auf Vorschlag der Kommission als erledigt erklärt. Der Sitz des Ausschusses bleibt also in Stuttgart.

Ein Antrag, die Wahl des Vorstandes und des Ausschusses nach dem System der Verhältniswahl vorzunehmen, wird von Bolze (Berlin) begründet.

Auf Antrag der Vorberatungskommission werden die seitherigen besoldeten Vorstandsmitglieder durch Akklamation wiedergewählt. Eine kleine Minderheit stimmt dagegen.

Für die Wahl der Beisitzer im Vorstand und ebenso für die Mitglieder des Verbandsausschusses haben die Verwaltungsstellen Berlin bzw. Stuttgart je zwei Vorschlagslisten (Anhänger von Amsterdam bzw. Moskau) eingereicht. Die Wahl erfolgt morgen vor Beginn der Sitzung.

Die Wiederwahl der Gauvorsteher erfolgt gleichfalls per Akklamation, nachdem zuvor ein Antrag, die Gauvorsteher auf den Gautagen zu wählen, abgelehnt ist. Es folgt der

Bericht der Beschwerdekommission.

Spill (Danzig) berichtet über die vorliegenden Anträge, bei denen es sich meist um die Übernahme der Kosten für nicht genehmigte Streiks auf die Verbandskasse handelt. Nach Entgegennahme des Berichts wird die Beratung vertagt. Nach 8 Uhr abends wird die Sitzung geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. Juni.

Mit der Erledigung des Berichts der Beschwerdekommission wird fortgefahren. Entsprechend den Anträgen der Kommission werden die meisten Anträge abgelehnt. Eine Ausnahme macht der Antrag von Mannheim, der sich auf die Unterstützung von Kollegen bezieht, die am Streik in der Ludwigshafener Anilinfabrik beteiligt waren. Der Verbandstag geht bei der Bewilligung über den Antrag der Kommission hinaus. Hierbei wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß der Vorstand auch weiterhin verpflichtet ist, wilden Streiks grundsätzlich die Unterstützung zu verweigern.

Punkt 5 der Tagesordnung:
Wirtschaftliche Streitfragen.

Tarnow als Referent führt aus: Die Wirtschaftspolitik ist für die Gewerkschaften im Grunde Neuland. Jetzt, wo wir uns mit diesen Fragen näher beschäftigen, ist diese Aufgabe wegen der Zerrüttung der Wirtschaft besonders schwer. Wir müssen die Dinge so sehen und erkennen, wie sie sind, auch wenn sie uns unangenehm sind. Die Forderung nach Besserung der Lage der Arbeiter ist endlos, aber sie wird begrenzt durch die Möglichkeit ihrer Erfüllung. Der Stand der Wirtschaft beeinflußt die Erfüllungsmöglichkeit unserer Forderungen. In der langen Kriegszeit sind ungeheure Werte zerstört worden. Große Mengen von Produktionsmitteln und Sachgütern sind uns durch den Versailler Vertrag genommen worden. Dadurch ist unsere wirtschaftliche Kraft ungeheuer geschwächt. Dazu kommen die gewaltigen Reparationsleistungen. Weite Gebiete sind von fremden Truppen besetzt, deren Kosten von Deutschland gezahlt werden müssen. Dazu kommt die Ungewißheit über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Nach dem Londoner Ultimatum soll Deutschland 132 Milliarden Goldmark zahlen, das ist mehr als der gesamte Goldbestand der ganzen Welt. Eine solche Leistung Deutschlands ist also völlig unmöglich. Die Volkswirtschafter aller Länder sind sich einig, daß die gegen Deutschland betriebene Gewaltpolitik Wahnsinn ist, der zur Vernichtung der ganzen Weltwirtschaft führen muß. Die Gewaltpolitiker wollen dem deutschen Volk die Lebensmöglichkeit abschneiden. Die Arbeiterschaft ist bereit, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, die erfüllt werden können, und auf die die Ententevölker Anspruch haben.

Die Gewaltpolitik hat zur völligen Vernichtung der deutschen Währung geführt. Die katastrophale Geldentwertung verhindert jede Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft. Unter diesen Verhältnissen konnten die Gewerkschaften nicht alles erreichen, was sie erstrebten. Sie haben aber viel erreicht, was erst später voll erkannt werden wird. Unser Ziel ist nach wie vor die Sozialisierung der Wirtschaft. Die Masse glaubt, daß es genügt, wenn die Arbeiterschaft die politische Macht hat, daß dann die Wirtschaft nach unseren Wünschen gestaltet werden kann. Daß dies nicht der Fall ist, dafür ist Rußland ein lebendiger Beweis. Das Ziel, die alte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands wiederherzustellen, ist erreichbar. Mit Hilfe der Technik lassen sich manche Verluste an Rohstoffen und Produktionsmitteln allmählich wieder ausgleichen. Die Voraussetzungen dafür lassen sich aber erst erfüllen, wenn der Weltkrieg endgültig beendet ist. Solange sich Deutschland völkerrechtlich im Zustande der Rechtlosigkeit befindet, ist eine Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Währung nicht möglich. Der völlige Verfall unserer Währung hätte verhütet werden können. Das deutsche Bürgertum trägt an den Zuständen ein hohes Maß von Schuld. Die Gesamtmenge des Geldwertes entspricht der Gesamtmenge der Waren. Je geringer die Menge der vorhandenen Waren, desto geringer wird bei gleicher oder gar größerer Geldmenge der Wert des Geldes. Die Vermehrung des Geldumlaufs ist zum Teil hervorgerufen durch den erhöhten Bedarf, aber der Staat hat nicht alles getan, um die Summe der eingehenden Steuern in dem möglichen Maße zu steigern. Wir haben eine Einkommensteuer mit starker Progression, die bis zu 60 Prozent des Einkommens geht. So steht es im Gesetz; in der Praxis sind die Steuerleistungen viel geringer, weil verabsäumt wurde, die Steuer wertbeständig zu machen. Nur die Lohn- und Gehaltsempfänger zahlen ihre Steuer in wertbeständigem Gelde. Wir dürfen aber nicht verlangen, daß die Arbeiter von der Steuerpflicht befreit werden, sondern es müssen Maßnahmen getroffen werden, die Besitzenden zur vollen Steuerleistung heranzuziehen.

Gütererzeugung und Warenverkehr können nur existieren, wenn ein festes Wertmaß vorhanden ist. Die Mark ist ein solches Wertmaß schon lange nicht mehr. Damit fehlt jede Möglichkeit einer ordnungsmäßigen Kalkulation. An deren Stelle ist die Spekulation getreten. Dadurch muß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nachlassen. Das erfordert eine scharfe Kontrolle der Wirtschaft. Ohne unsern Betriebsräten nahezutreten, kann man sagen, daß sie nicht imstande sind, die Grundlagen der Produktion voll zu erkennen. Diese Fähigkeit fehlt sogar vielen Unternehmern für ihre Betriebe, da ja alles auf Spekulation gestellt ist. Diese anormalen Zustände unserer Wirtschaft führen zur Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit. Die Zahl der unproduktiv Beschäftigten wächst unverhältnismäßig an. Das ist eine schwere Belastung unserer Wirtschaft. Der Ruf nach Mehrleistung geht bis tief in die Arbeiterschaft. Das wird raffiniert ausgenutzt, indem er umgefälscht wird in den Ruf nach Verlängerung der Arbeitszeit. Die persönlichen Arbeitsleistungen sind nicht nur nicht zurückgegangen, sie haben sich sogar in vielen Fällen gesteigert. Der Rückgang der Leistung unserer Wirtschaft hat also andere Ursachen. Der Warenmangel führt zur Preisdiktatur, die durch die Kartelle gefördert wird. Diese wiederum ist ein Hemmnis für die technische Entwicklung, weil die Kartelle die Preise so festsetzen, daß auch der schlechtest eingerichtete Betrieb noch auf seine Kosten kommt.

Die Preise der Waren lassen sich nicht künstlich niedrighalten. Wir müssen deshalb verlangen, daß die Löhne ihnen folgen. Ist der Wiederbeschaffungspreis für Produzenten und Händler richtig, dann muß auch für die Ware Arbeitskraft der Wiederbeschaffungspreis gezahlt werden. In der Wirtschaft ist man dazu übergegangen, einen Ersatz für die Mark als Wertmesser zu schaffen. Es wird in Dollar, Gulden usw. kalkuliert und fakturiert; die Mark ist nur noch Zahlungsmittel. Damit haben sich die Warenbesitzer gegen die Folgen der Geldentwertung geschützt. Darunter leiden die Konsumenten, für die sich die Preise bei jedem Markrückgang steigern. Dabei wird der Warenpreis bei einem Steigen der Mark selten wieder ermäßigt. Es gibt wirtschaftliche Erscheinungen, die sich unwiderstehlich durchsetzen. Dazu gehört die Goldrechnung. Liefert der Staat kein festes Wertmaß, dann schafft es sich die Wirtschaft selbst. Diese Entwicklung darf nicht bekämpft, sie muß gefördert werden. Wenn irgend jemand ein Recht hat auf einen wertbeständigen Preis, dann ist es der Arbeiter für seine Arbeitskraft. Wir müssen für unsere Arbeit eine Gegenleistung verlangen, die eine feste Kaufkraft hat. Als ich vor dreiviertel Jahren die Forderung nach Goldlöhnen erhob, habe ich überall Widerstand gefunden. Heute wird allgemein anerkannt, daß auf die Goldrechnung in unserer Wirtschaft nicht mehr verzichtet werden kann. Auch der Staat muß dazu übergehen, für die Steuern die Goldrechnung einzuführen. Nur die Arbeiter sind im Rückstand. Wir fordern die Goldrechnung für den Lohn, aber auch für alle anderen Zwecke. Goldrechnung für den Lohn allein ist unmöglich. Für die gesamte Wirtschaft brauchen wir ein wertbeständiges Wertmaß. Das wird sich so schnell, wie wir es wünschen, nicht durchführen lassen. In der Übergangszeit wird für die Lohnbemessung ein Maßstab gesucht werden müssen, der aus den verschiedensten Indizes zu berechnen wäre. Die Hebung und Stabilisierung des Reallohns ist notwendig, um unsere Wirtschaft gesunden zu lassen. Die breite Masse muß wieder kaufkräftig gemacht werden. Das ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der Wirtschaft.

Die Probleme, um die es sich handelt, lassen sich im Handumdrehen nicht lösen. An die Spitze des Programms muß die Lösung der Reparationsfrage in tragbarer Form gefordert werden. Davon hängt das Schicksal der deutschen Arbeiter für Generationen ab. Die Lasten müssen auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Der Reichsverband der Industrie hat in seinem Schreiben erkennen lassen, daß die Industriellen die Lasten auf die breiten Massen abwälzen wollen. Die früher sehr verschuldete Landwirtschaft hat ihre Hypotheken leicht abgelöst. Sie ist sehr leistungsfähig und wird eine weitgehende Garantie übernehmen können, ebenso wird die Industrie, die ihre Obligationen mit entwertetem Gelde abgelöst hat, herangeholt werden müssen. Die Sachwerte müssen erfaßt werden. Die Steuern werden wertbeständig gemacht werden müssen. Unsere Außenhandelsbilanz muß verbessert werden, vor allem muß aber die Kaufkraft der Massen hergestellt werden.

Es wird gesagt, zur Durchführung unserer Forderungen seien parlamentarische Mittel nicht ausreichend. Dazu seien Straßendemonstrationen, Generalstreik, Arbeiterdiktatur notwendig. Ich glaube nicht, daß mit diesen Mitteln die schweren Probleme gelöst werden können. Voraussetzung ist eine wirtschaftliche Ordnung, zu der auch die staatliche Ordnung gehört. In Rußland hat es sich gezeigt, daß mit solchen Mitteln die gewünschten Zustände nicht herbeigeführt werden können. Zur wirtschaftlichen Ordnung kommen wir um so schneller, je energischer wir die legalen Mittel anwenden, die uns die Verfassung im demokratischen Staat gibt. Wir haben im Volk die Mehrheit, und wir müssen die Masse für uns gewinnen. Sie wird aber durch die gegenseitige Bekämpfung weggeekelt. Gemeinsames Handeln, Unterordnung der Minderheit unter den Willen der Mehrheit, strasse Disziplin, das sind die Mittel, die uns den Weg zum Ziele freimachen und uns den Erfolg sichern. (Lebhafter Beifall.)

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Das Wohl der arbeitenden Bevölkerung ist eng verbunden mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft; diese zu vermehren und dadurch auch die Erfolgsmöglichkeiten für den gewerkschaftlichen Kampf zu steigern, entspricht deshalb dem Interesse der Arbeiterklasse.

Die besitzende Klasse, um ihre eigenen Sünden zu verbergen, bezeichnet in demagogischer Absicht den Achtstundentag als die Ursache des wirtschaftlichen Verfalls. In Wahr-

heit sind — neben den Auswirkungen der Reparationsmaßnahmen — die schrankenlose Gewinn- und Spekulationssucht der besitzenden Klasse, deren schamlose Steuerdefraudation, die den Staat und dadurch auch wieder die Wirtschaft lähmt, die wucherische Preisdiktatur der Kartelle und Warenmonopolisten, die ungeheure Aufblähung nicht durch eigene Arbeit erworbener Einkommen und die Vernachlässigung des technischen Produktionsapparates schuld daran, daß dem Volk und dem Staat die Lebensmöglichkeit verkümmert. Der Verbandstag fordert eine produktive Wirtschaftspolitik durch Verbesserung der Produktionstechnik und der volkswirtschaftlichen Organisation, Beseitigung überflüssiger unproduktiver Ausgaben, öffentliche Kontrolle der Kartelle und Monopole, Beseitigung der übermäßigen Unternehmer-, Handels- und Spekulationsgewinne.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen der wirtschaftlichen Wiedergesundung gehört auch die Wiederherstellung der Kaufkraft bei den breiten Massen durch Erhöhung und Sicherung des Reallohnes. Bis zur endgültigen Stabilisierung der Währung muß der Reallohn durch eine wertbeständige Lohnform gegen die Geldentwertung geschützt werden. Die Reparationsfrage und die Währungsfrage können nur gelöst werden im Zusammenhang mit der Sicherung des Staates und seiner Finanzen. Angesichts der aufreizenden Tatsache, daß bisher nur die Lohn- und Gehaltsempfänger vollwertige Steuerleistungen aufbringen, fordert der Verbandstag ausreichende und wertbeständige Steuerleistungen der besitzenden Schichten, insbesondere durch schärfste Erfassung der Sachwerte.

Der Kampf um die Durchführung dieser Forderung ist Aufgabe der Gesamtorganisation der Arbeiterbewegung in planmäßiger Zusammenarbeit der einzelnen Teile und unter Führung der berufenen Organisationsvertretungen. Der Verbandstag warnt die Arbeiterschaft vor wilden Putschbewegungen, mit denen nur die Geschäfte der faschistischen Reaktion besorgt werden. Allein die Disziplin der Arbeiterklasse und demokratische Unterordnung unter den Willen der Mehrheit gewährleistet die volle Entfaltung der Kraft, die in der geschlossenen Arbeiterbewegung liegt.

Fritz Tarnow.

Ein Antrag, der Opposition eine einstündige Redezeit zu gewähren, wird abgelehnt und mit großer Mehrheit beschlossen, auf eine Diskussion zu verzichten.

Die Resolution Tarnow wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es liegt noch eine Resolution der Berliner Kollegen vor. Entgegen dem Vorschlag des Kollegen Tarnow, der empfiehlt, den Antragstellern das Wort zur Begründung zu geben, wird beschlossen, auf diese Begründung zu verzichten.

Bolze (Berlin) gibt eine Protesterklärung gegen diesen Beschluß ab und betont, daß die Kommunisten trotzdem für die Stärkung des Verbandes eintreten und sich bemühen werden, ihn auf den richtigen Weg zu bringen.

Tarnow: Ich freue mich, daß Bolze mit seinen Freunden bereit ist, für die Stärkung des Verbandes einzutreten. Die Mehrheit des Verbandstages hat nicht die Minderheit mundtot machen wollen, sondern sie ist der Meinung, daß die Opposition ihre Ansichten bereits ausführlich vorgebracht hat, so daß sie Neues kaum noch vorbringen kann.

Hierauf wird beschlossen, das Referat von Tarnow in Sonderdruck herauszugeben. Alle zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge und Resolutionen sind mit der Annahme der Resolution Tarnow erledigt.

Es folgt der Bericht über die Wahl der Beisitzer zum Vorstand und die Mitglieder des Ausschusses. Bei der Wahl der Beisitzer zum Vorstand sind für die Amsterdamer Richtung 161, für die Moskauer Richtung 34 Stimmen abgegeben worden; ein Zettel war ungültig. Gewählt sind die Kollegen Lindemann, Lemke, Hirse, Reiseck, Bauer, Leopold und Laberke. Bei der Wahl zum Verbandsausschuß wurden 161 Stimmen für die Amsterdamer und 33 für die Moskauer Richtung abgegeben; zwei Zettel waren ungültig. Gewählt sind die Kollegen Haug, Schwägler, Abele, Fuchs, Creuzburg, Henne, Mangold, Bach, Baisch, Fischer, Schwarz, Höhn und Urbicht.

In der Nachmittagssitzung gibt

Tarnow Kenntnis von einer Notiz in der kommunistischen Presse, in welcher der von ihm in seiner Rede erwähnte Bericht über eine kommunistische Gewerkschaftskonferenz in Ostpreußen als unwahr und als elendes Machwerk bezeichnet wird. Eine ähnliche Erklärung sei auch dem Bureau zugegangen. Der erwähnte Bericht war nicht offiziell, aber glaubhaft. Wenn die Richtigkeit bestritten wird, muß das zur Kenntnis genommen werden. Die Schlußfolgerung die er (Tarnow) und mit ihm der Verbandstag gezogen haben, stützen sich aber nicht auf diesen Bericht allein, sondern auf eine Menge anderen Materials, so daß die Bestreitung der Richtigkeit dieses einen Berichts die Beschlüsse des Verbandstages nicht beeinflussen kann.

Hierauf wird in die

Beratung der Statuten und Anträge

eingetreten. Die vom Verbandsvorstand und -ausschuß seit dem letzten Verbandstag beschlossenen Statutenänderungen werden vom Verbandstag formell bestätigt.

Ein Antrag, der die Zweckbestimmung des Verbandes im Statut ändern will, wird abgelehnt. Das Eintrittsgeld in den Verband wird in Höhe eines Stundenlohnes festgesetzt, dergestalt, daß der übliche Wochenbeitrag einschließlich des Lokalbeitrages als Eintrittsgeld gilt und mit einer gewöhnlichen Beitragsmarke quittiert wird. Die Anrechnung der in anderen Organisationen geleisteten Beiträge beim Übertritt von Mitgliedern bleibt wie bisher. Ein Antrag, die Beitragsleistung in der Union der Hand- und Kopfarbeiter beim Übertritt anzurechnen, wird abgelehnt.

Von der Höhe des Wochenbeitrages handelt der § 12 des Statuts. Nach dem Antrage des Vorstandes und der Vorberatungskommission folgende Fassung erhält:

1. Jedes Mitglied hat für die Hauptkasse wöchentlich einen Beitrag in Höhe eines Stundenverdienstes zu entrichten. Maßgebend dafür ist in der Regel der vertragliche Durchschnittslohn der Branchen bzw. des Berufs. Für Mitgliedergruppen mit höheren Verdiensten als dem Vertragslohn können entsprechend höhere Beiträge festgesetzt werden. Die Verwaltungsstellen sind verpflichtet, die Mitglieder nach ihrer Verdienststufe in Beitragsklassen einzuteilen. Die Zahl der Beitragsklassen in einer Verwaltungsstelle soll möglichst beschränkt werden.

2. Die Zahl und Höhe der geltenden Beitragsklassen werden vom Verbandsvorstand festgesetzt. Dieser hat darüber zu wachen, daß in den Verwaltungsstellen nach den Bestimmungen des Absatz 1 die Beiträge ordnungsmäßig festgesetzt und erhoben werden. Wo dies nicht oder nicht ausreichend geschieht, hat der Vorstand von sich aus die Beiträge festzusetzen.

3. Im Bedarfsfalle können vom Vorstand Extrabeiträge ausgeschrieben werden, zu deren Zahlung die Mitglieder ebenso verpflichtet sind wie zur Zahlung der ordentlichen Beiträge.

4. Die Beiträge sind von allen Mitgliedern in der Verwaltungsstelle ihres Arbeitsortes zu entrichten und werden durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert.

5. Wenn einzelne Mitglieder durch Alter oder Halbinvalidität nachweislich in ihrer Erwerbsfähigkeit erheblich beschränkt sind oder aus anderen Gründen einen besonders niedrigen Verdienst haben, kann die Verwaltungsstelle deren Übertritt in eine entsprechend niedrigere Beitragsklasse gestatten.

6. Mitgliedern, die infolge schlechter Konjunktur länger als zwei Wochen nicht mehr als 32 Stunden wöchentlich arbeiten, kann auf ihren Antrag und mit Genehmigung des Verbandsvorstandes eine Beitragsermäßigung gewährt werden. Hierbei sind die in einer durch Vollarbeit nicht unterbrochenen Periode der Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitsstunden in Arbeitswochen umzurechnen. Jede so errechnete volle Arbeitswoche wird als beitragfrei abgestempelt.

Hierzu gibt die Vorberatungskommission folgende Erklärung ab, die mit Zustimmung des Verbandstages zu Protokoll genommen wird:

„Langjährigen Mitgliedern, die in den Dienst der Behörden, Gemeinden, Konsumvereine usw. treten und aus alter Anhänglichkeit noch weiter Mitglied des Verbandes bleiben möchten und auf Unterstützung verzichten, kann der Verbandsvorstand auf Antrag den Übertritt in eine niedrigere Beitragsklasse gestatten."

Die Vorberatungskommission empfiehlt weiter, die folgende Erklärung zu Protokoll zu nehmen: „Wenn bei Streiks und Aussperrungen, bei denen zunächst nur einzelne Gruppen in den Kampf treten, denen später andere folgen, eine Ungleichheit der Unterstützungssätze eintritt, kann auf Antrag der Vorstand nach Maßgabe der vorhandenen Verbandsmittel Zuschüsse zur Ausgleichung der Unterstützungssätze bewilligen."

Dem wird zugestimmt. Abgelehnt wird ein Antrag, während des Bezuges von Unterstützung die Beiträge weiterzuzahlen. Abgelehnt werden auch die Anträge, welche für alte Mitglieder nach langjähriger Beitragsleistung eine Befreiung von der weiteren Beitragspflicht verlangen. Ebenso auch die Anträge, die dahin zielen, für Mitglieder mit längerer Beitragsleistung weitere Unterstützungsstaffeln einzuführen.

Der § 75, der von der Unterstützung in Sterbefällen handelt, erhält folgende Fassung: „Beim Ableben eines ledigen Mitgliedes, welches Ernährer von Angehörigen war und mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann den betroffenen Angehörigen Unterstützung gewährt werden."

Die Anträge, welche die Beseitigung der sozialen Unterstützungen verlangen, entfesseln eine längere Debatte. Sie werden schließlich abgelehnt. Die Anträge auf Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung werden dem Vorstand überwiesen. Abgelehnt werden alle Anträge, welche eine Erhöhung des Anteils der Lokalkassen am Verbandsbeitrag verlangen. Ein Antrag, die Verbandstage regelmäßig in Berlin abzuhalten, wird abgelehnt und beschlossen, die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag dem Verbandsvorstand zu überlassen. Eine Reihe weiterer Anträge wurde abgelehnt, zum Teil nicht genügend unterstützt. Damit sind die zum Statut gestellten Anträge erledigt. Hier wird abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 23. Juni.

Mit der Beratung der Anträge wird fortgefahren. Vorweg wird hinsichtlich der Entschädigung der Delegierten für versäumte Arbeitszeit beschlossen, daß in den Fällen, in denen der Lohnausfall mit den festgesetzten Beträgen nicht abgegolten ist, der Mehrbetrag durch Vermittlung der Ortsverwaltung aus der Verbandskasse nachgezahlt wird.

Die Beseitigung der Listenabrechnung wird in einer ganzen Reihe von Anträgen verlangt. Die Vorberatungskommission schlägt vor, in den Verwaltungsstellen mit mehr als 200 Mitgliedern auf die vierteljährliche Einsendung des Namensverzeichnisses der Mitglieder mit dem Nachweis der von jedem geleisteten Beiträge zu verzichten, unter der Voraussetzung, daß in den größeren Verwaltungsstellen eine Kartothek mit größter Sorgfalt geführt wird, so daß auf Verlangen über jedes Mitglied die erforderliche Auskunft gegeben werden kann. In der Debatte wird von einer ganzen Reihe von Rednern für die völlige Beseitigung der Listenabrechnung plädiert. Demgegenüber tritt der

Hauptkassierer Lehmann für den Vorschlag der Vorberatungskommission ein. In den kleinen Verwaltungsstellen ist der Wechsel in der Ortsverwaltung sehr stark; die Kassierer sind oft bei Antritt ihres Amtes in der Führung der Bücher recht unerfahren. Der gemachte Vorschlag bedeutet ein großes Zugeständnis des Vorstandes, aber er kann nicht völlig auf die Kontrolle verzichten.

Tarnow fügt hinzu, daß der Vorstand beabsichtige, Revisoren in die Verwaltungsstellen zu entsenden, um sie in der Führung der Bücher zu unterstützen. Die peinliche Führung der Verwaltungsgeschäfte in den Verwaltungsstellen ist eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes.

Entsprechend dem Vorschlag der Kommission wird beschlossen, Verwaltungsstellen mit mehr als 200 Mitgliedern von der Listenabrechnung zu entbinden.

Unter Ablehnung einiger anderer Anträge, die sich auf die Wahlen zum Verbandstag usw. beziehen, wird beschlossen, in das Wahlreglement folgende Bestimmung aufzunehmen: „In Betrieben, wo geeignete Räume vorhanden sind und die Voraussetzungen des Wahlreglements erfüllt werden können, kann auch in Betrieben gewählt werden."

Die Anträge, welche Veranstaltungen zur Ausbildung der Betriebsräte verlangen, werden dem Vorstand überwiesen; desgleichen ein Antrag, der verlangt, geeigneten Kollegen den Besuch von Wirtschaftsschulen zu ermöglichen. Hierzu wird mitgeteilt, daß der Vorstand die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. noch nicht beschickt habe. Nur wenn die Voraussetzungen gegeben sind, daß die gewonnenen Kenntnisse auch im Interesse des Verbandes verwertet werden, läßt es sich rechtfertigen, daß der Verband die sehr hohen Kosten für den Besuch der Arbeiterakademie trägt. Dagegen hat der Verband für den nächsten Kursus der Heimvolkshochschule in Tinz vier Plätze belegt.

Zur Jugendfrage hat der Vorstand folgende Entschließung vorgelegt:

In Erkenntnis der Bedeutung der Jugendarbeit für den jugendlichen Nachwuchs und den Verband fordert der 13. ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes von allen Ortsverwaltungen die weitestgehende Unterstützung aller Bestrebungen, die Holzarbeiterjugend innerhalb des Verbandes in besonderen Jugendabteilungen zusammenzufassen. Die Jugend soll den wirtschaftlichen Schutz genießen und durch die praktische Arbeit in den Jugendabteilungen für den Beruf und die Tätigkeit im Verbande geschult werden. Es sind zur Erreichung dieses Zieles Vorträge über allgemeine Fach- und Bildungsfragen zu halten; Führungen durch industrielle Unternehmungen und Anlagen, Museen und Sammlungen zu veranstalten. Auch dem Bedürfnis nach geselligen Zusammenkünften, Wanderungen und Spielen ist Rechnung zu tragen. Um die für die Jugendarbeit nötigen Kräfte heranzubilden, ist der systematischen Schulung geeigneter Jugendleiter erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Verbandstag erwartet, daß in allen Verwaltungsstellen dafür gesorgt wird, daß das Holzarbeiter-Jugendblatt den jugendlichen Mitgliedern restlos zugänglich gemacht wird. Weiter wird den Ortsverwaltungen zur Pflicht gemacht, mit den Jugendgruppen der anderen Gewerkschaften Fühlung zu nehmen und die gegenseitige Unterstützung in der Arbeit herbeizuführen.

Der Verbandstag stimmt ihr zu. Die Anträge, die sich auf erhöhten Unfallschutz beziehen, werden dem Vorstand überwiesen mit der Maßgabe, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eine Reihe weiterer Anträge wird nach den Vorschlägen der Vorberatungskommission erledigt. Eine wesentliche Änderung der seitherigen Verbandspolitik wird dadurch nicht herbeigeführt.

Von einigen Delegierten aus dem besetzten Gebiet ist angeregt worden, zum Abwehrkampf im Ruhrgebiet Stellung zu nehmen. Das Bureau des Verbandstages schlägt deshalb die folgende Entschließung vor:

Die freiorganisierte Arbeitnehmerschaft im Holzgewerbe kämpft seit Monaten Schulter an Schulter mit der übrigen Arbeiterschaft am Rhein und Ruhr gegen eine übermächtige Militärgewalt unter Erduldung schlimmer Drangsalierungen, Entrechtungen und Willkürakten. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, die Freiheit der Arbeit zu sichern, die deutsche Republik zu schützen sowie die Existenz der deutschen Wirtschaft zu festigen. Darum halten wir die Stellungnahme des ADGB. in der Frage des Ruhrkonflikts für richtig und billigen sie.

Die Loslösungsbestrebungen im Rheingebiet bedeuten eine große Gefahr für die Gesamtheit des Volkes und den Völkerfrieden. Es ist deshalb heilige Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, die Verwirklichung dieser Bestrebungen mit aller Energie zu bekämpfen.

Der Kampf mit verschränkten Armen wird wesentlich geschwächt durch das unverantwortliche Treiben weiter Kapitalistenkreise, das das Stützungswerk für die deutsche Mark zertrümmerte und damit durch die wahnsinnige Preisgestaltung die Lebenshaltung der Arbeitnehmer stark erschütterte. Der Abwehrkampf wird weiter stark gestört durch die sogenannten „aktiven Abwehrmaßnahmen". Diese sogenannte „Aktivität" liefert dem Gegner billige Beweismittel und gibt den Militärs Anlaß, durch brutalere Maßnahmen gegen die im besetzten Gebiet wohnende Bevölkerung vorzugehen.

Die Weigerung der Arbeitgeber, den Arbeitern der Teurung entsprechende Lohnerhöhungen zu gewähren, führt zu einer weiteren Schwächung der Widerstandskraft der werktätigen Bevölkerung.

Der Abwehrkampf wird nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn Regierung und Arbeitgeber den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft weitgehendes Verständnis entgegenbringen.

Des weiteren fordern wir von der Regierung, daß alles versucht wird, den Kampf durch eine baldige friedliche Verständigung, die den Bestand der deutschen Wirtschaft sichert, zu beenden.

Bolze (Berlin) erklärt, daß seine Freunde diese Resolution nicht annehmen können, weil sie die Stellungnahme des ADGB. im Ruhrkonflikt nicht billigen.

Stöver (Düsseldorf) betont, daß der Wunsch zur Abgabe einer solchen Erklärung nur von einem Teile der Delegierten aus dem besetzten Gebiet geäußert wurde. Er selbst habe Bedenken gegen die Fassung der Resolution. Ausgesprochen müsse werden, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet weit mehr im Interesse der Arbeiter, als in dem der Besitzenden liege. Zur Durchführung des Kampfes ist aber die Unterstützung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands notwendig.

Bolze (Berlin): Die Schritte des ADGB. sind nicht in Übereinstimmung zu bringen mit der Tatsache des Abwehrkampfes der Arbeiter, weil sie in Gemeinschaft mit den Kapitalisten unternommen wurden. Sie dienen der Stärkung der kapitalistischen Interessen.

Winkelhock (Köln): Wir können an diesem Kampf nicht vorübergehen, deshalb haben wir die Entschließung angeregt.

Bauser (Mainz) weist insbesondere auf die Entrechtung der Arbeiter im Saargebiet hin. Wir haben im be-

setzten Gebiet die heiligsten Rechte der Arbeiter zu verteidigen, die uns von den Besatzungsbehörden genommen werden. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft ist eine Erschwerung des Abwehrkampfes.

Tarnow führt aus, Bolze habe behauptet, daß der ADGB. den Kampf im Interesse der Kapitalistenklasse führe. Er halte es unter der Würde des Verbandstages, diesen Vorwurf zurückzuweisen. Der Kampf geht nicht nur um die Interessen der Arbeiterschaft im Ruhrrevier, sondern auch um die der Arbeiter ganz Deutschlands. Wird uns das Ruhrgebiet genommen, dann wird 20 Millionen Arbeitern in Deutschland die Grundlage ihrer Existenz entzogen.

Hierauf wird die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Tarnow nimmt das Schlußwort und dankt zunächst den Kasseler Kollegen für die freundliche Aufnahme, die sie dem Verbandstag bereitet haben. Er weist auf die Menge der geleisteten Arbeit hin. Es liegt in der Natur der Sache, daß nicht in die Details der einzelnen Fragen eingestiegen wurde. In den beschlossenen Resolutionen steckt aber ein großer Inhalt, der in den Massen zur Auswirkung gebracht werden muß. Wir haben in der Führung der Lohnbewegungen keine neue Taktik beschlossen. Unsere Taktik muß beweglich sein. Sie legt der Führung ein hohes Maß von Verantwortung auf, die sie nur tragen kann in dem Bewußtsein, daß sie das Vertrauen der Massen genießt. Das gleiche gilt für die Probleme der Wirtschaftspolitik. Diese hätten vielleicht ausführlicher diskutiert werden können. Es muß aber berücksichtigt werden, daß sich auf diesem Gebiet die Verhältnisse in ständigem Fluß befinden. Der Verbandstag mußte sich darauf beschränken, allgemeine Richtlinien zu ziehen. Unsere Stellungnahme zu den anderen Gewerkschaften und zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bedeutet ein Bekenntnis zur Konzentration der Gewerkschaften. Wir unterstützen alle Bemühungen zur Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte im ADGB. Wesentliche Änderungen der inneren Verbandseinrichtungen sind nicht vorgenommen worden. Dazu ist die Zeit noch nicht gekommen. Wir müssen uns in der Richtung den jeweiligen Verhältnissen anpassen. Der Gesamteindruck des Verbandstages war das Hervortreten eines starken Vertrauens zur Führung. Frühere Mißverständnisse klären sich. Führer und Massen bewegen sich wieder auf einer einheitlichen Linie. Daß ein Teil der Delegierten grundsätzlich gegen die Anregungen des Vorstandes Stellung nahm, ist bedauerlich. Aber trotzdem hat der Verlauf des Verbandstages gezeigt, daß, wenn wir nur gewerkschaftlich organisiert wären, das gleiche Vertrauensverhältnis uns alle eng verbinden würde. Sehr erfreulich war das Wort des Führers der Opposition, daß auch diese der Führung den ehrlichen Glauben zubillige, daß sie die Sache der Arbeiter fördern wolle. Das ist ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Gesundung, denn früher wurde von dieser Seite den Führern der gute Glaube abgesprochen. Dieser Vorwurf war niederdrückend und kränkend. Die erwähnte Erklärung eröffnet die Aussicht, daß unser Verhältnis zur heutigen Opposition besser wird, als seither. Die Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Demokratie im Verband, das heißt die Verpflichtung der Minderheit, sich den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen. Der Ausblick in die Zukunft ist wenig hoffnungsvoll. Aber es mag kommen, was kommen will, wenn die Arbeiterschaft zusammensteht, wenn sie in einheitlichen Organisationen zusammengeschlossen und diszipliniert ist, dann wird auch das Schlimmste, was uns treffen kann, nicht so schwer sein, als wenn wir diese Voraussetzung entbehren müßten. Zusammenhalt, Geschlossenheit und Disziplin vor allem im Deutschen Holzarbeiter-Verband, das ist die Parole, an die wir uns zu halten haben. Tarnow schließt seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband, in welches die Delegierten unter lauten Beifallsbezeugungen für den Redner begeistert einstimmen, und erklärt den Verbandstag für geschlossen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 26. Wochenbeitrag für die Woche vom 24. Juni bis 30. Juni 1923 fällig geworden.

Am 20. August beginnt der nächste viermonatige Kursus bei der Volkshochschule Tinz. Unser Verband beabsichtigt, vier Verbandsmitglieder zu entsenden. Verbandsmitglieder, die sich um die Teilnahme am Kursus bewerben wollen, haben ihre Bewerbung bis spätestens den 15. Juli an den Verbandsvorstand einzureichen. Neben ausführlichem Lebenslauf ist in der Bewerbung auch die bisherige Betätigung im Verbande anzugeben, eventuell auch die Zahl und Art der bisher gehörten Kurse. Proben etwaiger journalistischer Betätigung sind beizufügen. Die Bewerber sollen möglichst unverheiratet sein; ihr Lebensalter soll sich zwischen 20 und 30 Jahren bewegen.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer (tüchtige) nach Salzwedel, Bad Harzburg, Bad Lauterberg i. H., Mühlhausen i. Th., Meiningen, Bietigheim (Württbg.), Oederan i. Sa., Haslach (Bad. Schwarzwald), Egelsbach (Hessen), Duisburg, Gelnhausen; (mittlere) nach Bad Oeynhausen, Triebes (Reuß), Leisnig i. Sa. Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an P. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Unsere Lohnbewegungen.

Neue Lohnabkommen.

Für den **Landesbezirk Württemberg, Baden** wurde am 15. Juni vor dem Arbeitsministerium in Stuttgart verhandelt. Nach dem Abkommen werden am 7. und 14. Juni Zulagen gewährt, die in der Spitze 1850 Mk. betragen. Vom 14. Juni an beträgt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen II bis VI 4200 Mk., 4032 Mk., 3864 Mk., 3696 Mk. und 3528 Mk.

Für den **Landesbezirk Hamburg, Schleswig-Holstein, Lübeck** wurde am 21. Juni verhandelt mit dem Ergebnis, daß an zwei Terminen, 15. und 22. Juni, eine Gesamtzulage von 2500 Mk. in der Spitze gewährt wird. Damit steigt der Durchschnittslohn in den sechs Ortsklassen auf 6600 Mk., 5810 Mk., 5480 Mk., 5210 Mk., 5020 Mk. und 4750 Mk.

In den Verhandlungen für den **Landesbezirk Niedersachsen** wurden für die Zeit vom 15. bis 21. Juni folgende Durchschnittslöhne in den Ortsklassen II bis VI vereinbart: 4200 Mk., 3948 Mk., 3780 Mk., 3612 Mk. und 3444 Mk.

Für den **Landesbezirk Provinz Sachsen, Anhalt und Harzgebiet** war ein Schiedsspruch ergangen, der von den Kollegen abgelehnt wurde, weil er unzureichende Löhne vorsah. Einer Einladung des Reichsarbeitsministeriums zu Verhandlungen leisteten die Unternehmer keine Folge. Auch zu den Verhandlungen über ihren Antrag wegen der Verbindlichkeit des Schiedsspruches waren die Unternehmer nicht erschienen. Das Verhalten der Unternehmer führte dazu, daß in mehreren Orten der Streik ausbrach. In den darauf folgenden Verhandlungen konnte eine Verständigung erzielt werden. Vom 22. Juni an beträgt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen II bis V 5500 Mk., 5280 Mk., 5060 Mk. und 4840 Mk.

Für den **Landesbezirk Rheinland-Westfalen** wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher ab 15. Juni in den Ortsklassen II bis VI folgende Durchschnittslöhne gelten: 5150 Mk., 4800 Mk., 4425 Mk., 4150 Mk. und 3870 Mk.

Die neuen Postgebühren.

Am 1. Juli 1923 tritt ein neuer Postgebührentarif in Kraft, dessen wichtigsten Sätze wir nachstehend wiedergeben:

	Ortsverkehr	Fernverkehr
Postkarten, auch Ansichtskarten	60 Mk.	120 Mk.
Briefe bis 20 Gramm	120 „	300 „
über 20 bis 100 Gramm	180 „	360 „
„ 100 „ 250 „	300 „	450 „
„ 250 „ 500 „	360 „	540 „
Drucksachen bis 25 Gramm		60 Mk.
über 25 „ 50 „		120 „
„ 50 „ 100 „		180 „
„ 100 „ 250 „		300 „
„ 250 „ 500 „		360 „
„ 500 „ 1000 „		450 „
„ 1000 „ 2000 „ (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände)		600 „
Geschäftspapiere bis 250 Gramm		300 Mk.
über 250 „ 500 „		360 „
„ 500 „ 1000 „		450 „
Warenproben bis 100 Gramm		180 Mk.
über 100 „ 250 „		300 „
„ 250 „ 500 „		360 „
Päckchen bis 1000 Gramm		600 Mk.

	1. Zone bis 75 km	2. Zone über 75 km	3. Zone über 375 km
Pakete bis 3 Kilo	800 Mk.	1600 Mk.	1600 Mk.
über 3 „ 5 „	1200 „	2400 „	2400 „
„ 5 „ 6 „	1400 „	2800 „	4200 „
„ 6 „ 7 „	1600 „	3200 „	4800 „
„ 7 „ 8 „	1800 „	3600 „	5400 „
„ 8 „ 9 „	2000 „	4000 „	6000 „
„ 9 „ 10 „	2200 „	4400 „	6600 „

Für jedes weitere Kilo in der 1. Zone 300 Mk., in der 2. Zone 600 Mk. und in der 3. Zone 900 Mk. bis zum Höchstgewicht von 20 Kilo.

Zeitungspakete bis 5 Kilo	600 Mk.	1200 Mk.	1200 Mk.

Postanweisungen bis 5000 Mk.	200 Mk.
über 5000 „ 10000 „	400 „
„ 10000 „ 50000 „	800 „
„ 50000 „ 100000 „	1200 „

Für weitere 100 000 Mk. oder einen Teil dieser Summe bis zum Höchstbetrag von 500 000 Mk. mehr 600 Mk.

Zahlkarten bis 5000 Mk.	50 Mk.
über 5000 „ 10000 „	100 „
„ 10000 „ 50000 „	200 „
„ 50000 „ 100000 „	300 „
„ 100000 „ 200000 „	450 „
„ 200000 „ 300000 „	600 „
„ 300000 „ 400000 „	750 „
„ 400000 „ 500000 „	900 „
„ 500000 „ 750000 „	1050 „
„ 750000 „ 1000000 „	1200 „
„ 1000000 „ 2000000 „	1500 „
„ 2000000 „ unbeschränkt	2000 „

Die **Einschreibegebühr** beträgt 300 Mk., die **Vorzeigegebühr** für Nachnahmen und Postaufträge 150 Mk. Außerdem wird bei Nachnahmen und Postaufträgen eine **Einziehungsgebühr** von 1 Mk. von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge erhoben.

Für die **Eilbestellung** sind bei Vorauszahlung zu entrichten: Für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 400 Mk., nach dem Landbestellbezirk 1200 Mk. Für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 700 Mk., nach dem Landbestellbezirk 1500 Mk.

Telegramme auf alle Entfernungen 400 Mk. Grundgebühr und für jedes Wort 200 Mk. Im Ortsverkehr 200 Mk. Grundgebühr und für jedes Wort 100 Mk.

Gestorbene Mitglieder:

Asperg. Karl Häberle, 61 J. **Beelitzhof.** Johannes Friedrowitz, Stuhlbauer, 64 J. **Bernau.** Berthold Jessel, 67 J. — Gottlieb Harting, 48 J. **Corbetha.** Otto Ritzsche, Korbmacher, 67 J. — Fanny Dunzel, 17 J. **Elz.** Anton Müller, Schreiner, 47 J. **Gießübel.** Eduard Kühner, 51 J. **Hermsdorf.** Walter Gradl, Tischler, 19 J. **Höhr.** Karl Stauber, Kartschneider, 50 J. **Jugelstadt.** Ferdinand Kasper, Tischler, 24 J. **Langenöls.** Willi Pietsch, Tischl. **Mittelsteine.** Franz Pinter, Holzarbeiter, 35 J. **München.** Georg Höpfl, Schreiner, 31 J. — Herm. Bittmann, Schreiner, 29 J. — Hans Klügl, Schreiner, 49 J. — Joh. Panzer, Maschinenarbeiter, 59 J. — Joh. Lorenz, Schreiner, 42 J. — Andreas Heidecker, Schreiner, 21 J. — Albrecht Kobezek, Schreiner, 57 J. — Jakob Graf, Schreiner, 55 J. — Jos. Pfann, Schreiner, 60 J. **Münster a. T.** Heinr. Baumann, Maschinenarbeiter, 57 J. **Penzberg.** Anton Demann, Schreiner. **Reichenberg.** Chr. Krüger, Zuschneider, 57 J. **Rothheim.** Willy Gokles, Tischler, 17 J.

Ehre ihrem Andenken.

Emil Ebn, Tischler, geb. 13. 1. 1900, Berlin, 187 60, wird gesucht. Wer über ihn Auskunft geben kann, wird gebeten, gegen Belohnung Nachricht zu geben an Franz Brunde, Schwerin (Mecklenburg), Bergstraße 12.

Junger strebsam. Tischler sucht Arbeit in einer Möbeltischlerei. Werte Angebote an A. Seirig, Bad Lausick, Schützenstraße.

Modelltischler, nur erstklassige Kraft, sofort gesucht. Modellfabrik, Nürnberg, Kleine Insel-Schütt 1.

Tücht. fleißige Schreiner für bessere Arbeiten stellt ein. Josef Kinnast, Holzindustrie, Haslach i. K. (Badischer Schwarzwald).

Sechs ältere unverheiratete **Möbeltischler** auf beste Speisezimmer sofort für dauernd gesucht. Möbl. Zimmer vorhanden. Richard Behrmann, Bau- u. Möbelfabr., Lange i. Mecklbg.

Gesucht: Tüchtige **Möbelschreiner,** ein erster selbständiger Fräser, der auch im Schärfen von Werkzeugen durchaus erfahren ist, ein erstklassiger Schreiner als Vorarbeiter und zum Ausbilden der Lehrlinge. Wir fabrizieren als Spezialität eichenfurn. Schlafzimmer und suchen tüchtigen Arbeitern, die in diesem Artikel erfahren, hohe Verdienstmöglichkeit geboten. Schriftliche Bewerbungen u. Ang. von Alter, bisherig. Tätigkeit usw. an Vereinigte Möbelwerke A.-G., Andernach a. Rh.

Gesucht wird ein älterer erfahrener unverheirateter **Vorarbeiter,** welcher tüchtig und mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut sein muß in Werkstätte, wo bessere Kundschaftsmöbel angefertigt werden. Erwünscht ist, daß selbiger auch mit Holzbearbeitungsmaschinen vertraut ist. Wilh. Müller V., Möbelschreinerei mit elektrischem Betrieb, Bellersheim bei Gießen (Oberhessen).

Perf. Furnierzuschneider für sofort gesucht. Möbelfabrik Rich. Meyer, Stammbach (Mfr.).

Zuverl. Maschinentischler, gelernt. Tischler, für dauernd gesucht. Möbelf. Behrendt, Parchim i. Meckl.

Tüchtig, selbst. **Maschinenschreiner** sofort gesucht. Fahrgeld wird vergütet. Anton Zisgen, Schreinerei, Ballendar a. Rhein, Heerstraße 41.

Suche für meine Gestellfabrikation tüchtigen gewissenhaften **Gestellschreiner,** welcher in der Lage ist, in jeder Weise selbständig und rationell zu arbeiten, **als Meister.** H. Hook, Matratzen- und Polsterwarenfabrik, Heidingsfeld bei Würzburg.

Tücht. Orgelbauer u. Orgelbauschreiner sowie ein Harmoniumbauer finden gegen Zahlung des Tariflohnes dauernde Beschäftigung. Kost und Wohnung im Hause. Orgelbaumeister A. B. Scheerer, Creglingen (Württbg.).

Polierer und Beizer, erstklassig, gelernter Tischler, desgleichen angelernte Frauen (Mädchen) für Polsterei stellt ein Bunzlauer Dampfsägewerk, Abt. Möbeltischlerei, Bunzlau in Schlesien.

Tüchtiger strebsamer **Polierer oder Lackierer** von größerem Werk gesucht. Verlangt werden durch langjährige Tätigkeit erworbene Kenntnisse im Beizen, Porenfüller, Grundieren, Fertigpolieren und Lackieren der verschiedensten Holzarten u. Artikel. Derselbe muß sich zum Besuch der Holzgewerb. Industrie u. prakt. Vorführungen der für die genannten Zwecke benutzt. Materialien eigenen. Angebote unter „R. G. 322" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Polierwalle ✦ Christ Wünschmann, Rabenau in Sa.

Tüchtiger **Vergolder-Werkmeister,** Norddeutscher, sucht zum 1. Juli oder später Stellung. Mit allen der Neuzeit entsprechenden Arbeiten vertraut. Bayern bevorzugt. Offerten unter T. U. 339 an die Exped. dies. Ztg.

Gelernter Holzdrechsler, unverheiratet, der imstande ist, einer größer. Drechslerei vorzust., gesucht. Demselben in Gelegenheit geboten, später d. Leiter einer Abteil. zu werd. Nur pa. Fachleute woll. sich melden. Alt-Streichwarenwerke Kirchner & Co., Oberbach (Rhön) in Bayern.

Ein tüchtiger Drechsler findet gute Beschäftigung. Lediger bevorzugt. Lohn über 1. Klasse. Reise wird vergüt. Internat. Stockfabrik, Bentheim (Hannover), Heerestr. 10.

Für kunstgewerbliche Arbeiten wird ein **Drechsler** sofort gesucht. Tücht. Werkstätten für guten Hausrat, Lauenburg a. d. Elbe.

Tüchtiger **Füllhalterreparateur** wird gesucht. Junge Drechsler, die sich dazu eignen, oder solche, welche schon auf Füllhalter gearbeitet haben, bevorzugt. Symys Füllhalterwerk G. m. b. H., München, Heßstraße 92.

Mehr. tückt. Stockmacher sind. dauernde Beschäftig. Adolf Marquardt, Stockfabrik, Heilbronn a. N.

Tüchtig. Kalpler u. Fräser stellt sofort ein G. Adolph Richter, Stockfabrik, Magdeburg.

Tüchtige Stockdreher und Kalpler stellt sof. ein Schwäbische Stockfabrik F. m. b. H., Waldhausen i. Remstal (Württbg.).

Kaltenmacher sofort gesucht. Karosseriefabrik Mann, Elberfeld, Arrenberger Str. 45.

2 tüchtige **Stellmachergehilfen** sofort in lohnende und dauernde Stellung gesucht. Kost u. Wohnung im Hause. Elektr. Kraftbetr. Reinh. Scheibe, Schöngleina b. Roda (S.-A.).

Unverheirat. Stellmacher mit eig. Handwerkzeug (letzteres nicht unbedingt erforderlich), der auch Dreschmaschine führen kann, zum möglichst baldigen Antritt gesucht. Spätere Verheirat. gestattet. Reisekosten werden vergütet. Zeugnisabschrift. nebst kurzem Lebensl. sowie Lohnansp. bei fr. Stat. zu richten an Gestüts- und Gutsverwaltung Weil, Post Mettingen bei Stuttgart.

Tüchtige Korbmacher auf Reddig- u. Weidenmöbel (Dresdener Tariflohn) sow. 20 Korbmach. f. Grünarbeiten sof. ges. Kost u. Wohn. vorh. Leisniger Korbfabrik Paul Walther, Leisnig (Sachsen).

Gehilfen auf geschlagene und Gestellarbeit sucht Korbmacher O. Hofmann, Glauchau i. Sa., Waldenburger Straße Nr. 9.

Fünf tüchtige Korbmacher (Gestellarbeiter) stellt sofort ein. Es wollen sich nur gute Arbeiter melden. Golze-Bierwagen-Co., Luckau (N.-L.), Gartenstraße Nr. 20.

2 tüchtige Möbelarbeiter für sofort gesucht. Templer & Gumpp, Allgäuer Korbind., Kempten (Allgäu).

Gesucht: Zwei bis drei tüchtige **Korbmacher,** speziell auf Wuttstyl eingerichtet. Gutlohnende Beschäftigung, dauernde Arbeit. Carl Trabitzsch, Korbmöbelfabrik, Apolda (Thür.).

Tüchtige Gestellarbeiter stellt noch ein Paul Vöger, Korbfabrik, Bautzen i. Sachsen.

Hobel aller Art, erstklass. Ausf. (Handarbeit), für sämtl. Holzberufe usw., empf. Albin Seidel, Hartha i. Sa., Dresdner Str. 121.

Fräser!
Bandsägeblätter
sowie sämtliche Werkzeuge in bester Qualität liefern sofort
W. Zemmrich & Sohn, Dresden-A. 1,
Josephinenstraße 22.

Bildhauer-, Drechsler- u. Stuhlbauer-Werkzeuge
empfiehlt
Fritz Piotenhauer
Rabenau in Sachsen

Ia Bildhauer-Werkzeuge
jeder Art und Form sofort lieferbar.
O. Bergmann, Berlin, Oppelner Str. 31.

Eiserne Ziehklingenhobel
Firs.-Eisen, Schabhobel, Schiffshobel, Simshobel, Raubanke, Bohrtiefsteller, Dubelspitzer, Dubeleisen, Leimkratzer, Furnierzangen, Fuchr, Heinsägen usw. liet. z. konkurrenzlos. Preisen **M. Walther, Dresden,** Rehefelder Straße 33.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.